

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

EU-ZENTRALASIENPOLITIK

■ ANALYSE

Auf dem Weg zu einer neuen EU-Zentralasienstrategie.

Stand, Entwicklung und Perspektiven der europäischen Zentralasienpolitik 2

Von Katrin Böttger und Julian Plottka, Berlin

■ STATISTIK

Entwicklungszusammenarbeit und Handelsentwicklung 7

■ CHRONIK

18. Februar – 24. März 2017 8

Kasachstan 8

Kirgistan 10

Tadschikistan 15

Turkmenistan 18

Usbekistan 19

Auf dem Weg zu einer neuen EU-Zentralasienstrategie.

Stand, Entwicklung und Perspektiven der europäischen Zentralasienpolitik

Von Katrin Böttger und Julian Plottka, Berlin

Zusammenfassung

Die Strategie der Europäischen Union für ihre Zentralasienpolitik stammt noch aus dem Jahr 2007 und sollte den neuen Verhältnissen in der globalen Geopolitik angepasst werden. Dabei ist auf eine Kohärenz der Ziele sowohl mit der jüngst verabschiedeten Globalen Strategie als auch den Förderinstrumenten für die Region zu achten. Vor diesem Hintergrund will der Beitrag Anstoß zur Debatte über die vom Sonderbeauftragten der EU für Zentralasien für 2019 anvisierte neue Strategie geben. Dazu zeichnet er die Entwicklung der strategischen Zielsetzungen der EU für Zentralasien seit 2007 nach und gibt Anregungen zur Diskussion in drei Bereichen: Mit Blick auf die Frage, ob Zentralasien als einheitliche Region adressiert werden kann, schlägt er vor, zukünftig stärker die eine regionale Zusammenarbeit ermöglichenden Grundlagen zu fördern statt das Hauptaugenmerk auf konkrete grenzüberschreitende Problembearbeitung zu legen. Um den in der Globalen Strategie geforderten »auf Grundsätzen beruhenden Pragmatismus« in Zentralasien umzusetzen, wird für eine Abkehr von einer zu großen Fortschrittsgläubigkeit in der EU-Außenpolitik plädiert. Ferner zeigt der Beitrag auf, dass die bei der letzten Überprüfung der Zentralasienstrategie geforderte Fokussierung der Prioritäten unterhalb der strategischen Ebene bereits geschieht, was in der kommenden Strategie reflektiert sein sollte.

Die ursprünglich für den Zeitraum 2007 bis 2013 gültige EU-Zentralasienstrategie ist nach der Bestätigung durch den Rat der EU 2015 bis heute das für die EU-Politik gegenüber dieser Region grundlegende Strategiedokument. Zwar besteht im Westen durch den schrittweisen Rückzug aus Afghanistan kein Interesse mehr an der Region als militärischer Basis und auch die ursprünglich angestrebte Diversifizierung der Energielieferanten für Europa hat sich als mühsam erwiesen. Durch den auch in Zentralasien erstarkenden religiösen Extremismus teilen Europa und die Staaten der Region mit der Bekämpfung des globalen Terrorismus jedoch ein gemeinsames Interesse. Ebenso könnte Zentralasien zum Lackmустest für die Neugestaltung der Beziehungen der EU zu Russland und eine intensivere Kooperation mit China werden, insbesondere im Bereich der Transportinfrastruktur. Mit der von der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Federica Mogherini, 2016 vorgelegten Globalen Strategie für die Sicherheits- und Außenpolitik der Europäischen Union »Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe« (im Folgenden: Globale Strategie) hat die EU sowohl auf ihr verändertes geopolitisches Umfeld als auch auf die Krisen in ihrem Inneren reagiert. Das dort niedergelegte Ziel, »auf Zusammenarbeit beruhende regionale Ordnungen« zu unterstützen, spricht dabei einen Zielkonflikt an, der bereits bei der letzten Überprüfung der EU-Zentralasienstrategie thematisiert, aber nicht gelöst wurde: Kann Zentralasien als eine einheitliche Region adressiert werden oder sind die Staaten so unterschiedlich, dass bilaterale Beziehungen erfolversprechender sind?

Mit dem Prinzip eines »auf Grundsätzen beruhenden Pragmatismus«, das die Globale Strategie in ihr außenpolitisches Stammbuch schreibt, wird weiter die Gratwanderung der EU-Politik gegenüber der Region angesprochen: Inwieweit ist die Union der Verbreitung ihrer in Art. 2 EU-Vertrag festgelegten Werte verpflichtet? Zu welchem Grad darf sie diese zur Erreichung konkreter Ziele aufgeben?

Mit der Umsetzung der neuen Globalen Strategie in den Außenpolitiken der Union – für Sommer 2017 ist bereits der erste Fortschrittsbericht vorgesehen – steht eine dritte strategische Frage für die EU-Zentralasienpolitik auf der Agenda, die bei der letzten Überprüfung der Regionalstrategie ebenfalls angesprochen wurde, in der es aber ebenfalls zu keiner Neuausrichtung kam: Ist die thematische Breite der europäischen Zentralasienpolitik angesichts auch in den kommenden Jahren begrenzter Ressourcen für die externen Politiken sinnvoll oder sollte die Zahl der Prioritäten reduziert werden, um die vorhandenen Ressourcen gezielter einzusetzen?

Vor dem Hintergrund der anstehenden Neuausrichtung der europäischen Zentralasienpolitik zeichnet der Beitrag zuerst die Diskussion dieser drei Fragenkomplexe mit Blick auf die EU-Zentralasienstrategie selbst und ihre 2015 erfolgte Überprüfung nach, bevor vor den neuen geopolitischen Rahmenbedingungen konkrete Empfehlungen gegeben werden, wie sich die aufgeworfenen strategischen Fragen beantworten ließen. Diese Vorschläge sollen zugleich Anregung für eine tiefere Diskussion der EU-Zentralasienpolitik sein, nicht zuletzt mit Blick auf das vom EU-Sonderbeauftragten

für Zentralasien, Peter Burian, ausgegebene Ziel, die Zentralasienstrategie bis 2019 durch ein neues strategisches Dokument zu ersetzen.

Die EU-Zentralasienstrategie von 2007

Nach dem Ende der »Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States« (TACIS), d. h. des Gemeinschaftsprogramms für technische Hilfe für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, erfuhren die Beziehungen der Europäischen Union zu den fünf Staaten Zentralasiens durch die unter deutscher Präsidentschaft im Europäischen Rat angenommene »EU and Central Asia: Strategy for a New Partnership« eine deutliche Aufwertung. Diese werden seitdem unabhängig von den Beziehungen zu anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion gestaltet. Gründe hierfür waren insbesondere die sicherheitspolitische Bedeutung, welche die Region durch den Krieg in Afghanistan erhalten hatte, und das Ziel der EU, ihre Energielieferanten zu diversifizieren. Mit der Entscheidung, eine eigene Strategie für Zentralasien zu beschließen, wurde deren regionale Dimension zwar öffentlichkeitswirksam hervorgehoben, die Strategie selbst spricht aber von der Notwendigkeit eines ausgewogenen regionalen und bilateralen Politikansatzes. In der Sache handelte es sich damit eher um eine graduelle Fortentwicklung, da es bereits innerhalb der TACIS-Programme eine eigenständige regionale Komponente gegeben hatte. Gleichzeitig verfolgte die EU parallel zur Umsetzung der Strategie mit der Aushandlung von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen weiterhin auch einen explizit bilateralen Ansatz. Ebenso kennt die Projektförderung der EU für Zentralasien bis heute sowohl eine regionale Komponente für grenzüberschreitende Projekte als auch eine bilaterale für Projekte in den einzelnen Ländern.

Thematisch umfasst die Strategie sieben Bereiche, um die übergreifende Zielsetzung von Sicherheit und Stabilität in der Region zu erreichen:

- Menschenrechte, gute Regierungsführung und Demokratisierung;
- Jugend und Bildung;
- Wirtschaft, Handel und Investitionen;
- Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Wassermanagement;
- Sicherheit und Bekämpfung gemeinsamer Bedrohungen;
- Interkultureller Dialog.

Auch mit dieser thematischen Ausweitung stellt die Strategie eine graduelle Fortentwicklung der TACIS-Programme dar, die ausgehend von dem ursprünglichen Ziel, die Transformation der Staaten der ehemaligen Sowjetunion zur Marktwirtschaft zu unterstützen, im Laufe der Jahre weitere Kooperationsbereiche auf-

nahmen. Insbesondere durch den zuerst genannten Bereich steht die Strategie in einem Spannungsverhältnis zwischen der Vertretung europäischer Werte und der Erzielung konkreter politischer Ergebnisse, das die neue Globale Strategie der EU mit dem Begriff des »principled pragmatism«, einem »auf Grundsätzen beruhenden Pragmatismus«, zu greifen versucht. Wie sich dieser Ansatz konkret für Zentralasien umsetzen lässt, ist aber eine offene Frage.

Die EU-Zentralasienpolitik seit der Überprüfung 2015

Die Überprüfung der EU-Zentralasienstrategie unter lettischer Ratspräsidentschaft im Jahr 2015 adressierte diese Fragenkomplexe und unterzog die Strategie sowie ihre Umsetzung einer eingehenden Analyse. Mit den Schlussfolgerungen des Rates der EU wurde die Strategie von 2007 bestätigt. Somit erreichte die lettische Regierung ihr Ziel, die Präsenz und Sichtbarkeit der Union in Zentralasien zu stärken. Eine grundlegende Revision unterblieb jedoch. Besonders bedeutsam war die Wiedereinführung des Amtes eines Sonderbeauftragten der EU für Zentralasien, der direkt vom Rat der EU berufen wird und damit politisch gewichtiger ist und mehr Ansehen in der Region genießt als das zwischenzeitlich eingerichtete Amt eines Sondergesandten, der als Teil des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) der Hohen Vertreterin unterstellt war.

Darüber hinaus wurden aber aufgrund der wenig substanziellen oder grundlegenden Überarbeitung kaum neue inhaltliche Impulse gesetzt. Zwar herrschte in den Diskussionen zur inhaltlichen Neuausrichtung der EU-Zentralasienpolitik, welche die Ratspräsidentschaft mit VertreterInnen der Mitgliedstaaten, des EAD und WissenschaftlerInnen organisierte, Konsens, dass eine stärkere Fokussierung und Reduzierung der Prioritäten die Effektivität der Politik gegenüber der Region erhöhen würden, auch wurden Themen von herausragender Bedeutung identifiziert, jedoch konnte man sich nicht einigen, welche Prioritäten aufgegeben werden sollten. Auch die Notwendigkeit, klarer zwischen einem regionalen und einem bilateralen Ansatz zu differenzieren, wurde schon damals intensiv diskutiert, jedoch nur als Prüfauftrag in die Schlussfolgerungen aufgenommen: »In Anbetracht der zunehmenden Differenzierung in der Region fordert der Rat den EAD und die Kommission auf, Vorschläge für die effektive Durchführung der Strategie entsprechend der Notwendigkeit einer erneuerten Partnerschaft mit der Region vorzulegen«.

Die Erfüllung dieses Auftrags stellte sich jedoch aufgrund des schlechten Timings der Überprüfung als problematisch dar. So wurden die Schlussfolgerungen des Rates im Juni 2015, anderthalb Jahre nach Beginn des Geltungs-

zeitraums des mehrjährigen Finanzrahmens (2014–2020) der Europäischen Union beschlossen. Auch waren zu diesem Zeitpunkt das neue »Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit« (EZI) und die anderen Instrumente, mit denen die EU Projekte in Zentralasien fördert, bereits beschlossen. Der Rahmen für die Umsetzung der strategischen Prioritäten war also schon festgelegt, bevor diese überarbeitet wurden. Auch eine substanziell geänderte EU-Zentralasienstrategie hätte anschließend bei der Umsetzung hierin ihre Grenzen gefunden, wie sich am Beispiel der Differenzierung der Politik gegenüber der Region zeigt. So sieht das EZI für Zentralasien sowohl eine regionale Komponente für grenzüberschreitende Projekte als auch eine bilaterale für länderspezifische Förderung (mit Ausnahme Kasachstans) vor.

Bei der Verabschiedung der sogenannten mehrjährigen Indikativprogramme, welche die Umsetzung des regionalen und der länderspezifischen Programme bis hin zur Projektebene für die Dauer des aktuellen mehrjährigen Finanzrahmens festlegen, haben sich die Europäische Kommission und der EAD eine gewisse Autonomie innerhalb der strategischen Vorgaben und des rechtlichen Rahmens bewahrt. So haben Kommission und EAD die für die strategische Ebene geforderte stärkere Fokussierung der EU-Zentralasienpolitik bereits administrativ-technisch umgesetzt. Regional und bilateral sind ein bis vier Sektoren festgelegt, auf die sich die EU-Politik jeweils konzentriert (siehe Tabelle 1 auf S. 6).

Hier zeigt sich, dass gerade im regionalen Programm die Schwerpunkte noch sehr breit definiert sind. Deshalb bietet sich mit der für 2019 anvisierten grundlegenden Überarbeitung der EU-Zentralasienstrategie die Chance, eine stärkere Kohärenz zwischen der strategischen und der Projektebene zu erreichen. Der nächste mehrjährige Finanzrahmen wird voraussichtlich im Jahr 2020 verhandelt, womit die Verabschiedung einer neuen regionalen Strategie im Vorjahr es ermöglichen würde, anschließend die Förderinstrumente auf die neu definierten Prioritäten auszurichten.

Der neue geopolitische Kontext

Die strategische Neuausrichtung und die Kohärenz des Politikansatzes der EU über alle Ebenen der Umsetzung hinweg sind insbesondere aufgrund des veränderten geopolitischen Umfeldes notwendig, in dem sich die Europäische Union in Zentralasien bewegt. Dabei ist die Bedeutung der EU-Zentralasien-Beziehungen in vielen Aspekten von über die Region hinausreichender Relevanz für die europäische Politik. So stellt der Umgang mit den hegemonialen Ansprüchen Russlands in seiner Nachbarschaft für die EU auch eine Herausforderung für ihre Politik gegenüber allen Ländern in der Östlichen Partnerschaft dar. Insbesondere stellt sich die

Frage, wie ein kooperatives Verhältnis der EU zu Ländern gestaltet werden kann, die wie Kasachstan und Kirgistan Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion sind. Hier könnte die EU-Zentralasienpolitik zu einem Präzedenzfall werden, der Impulse für eine mittel- bis langfristige Entspannung des europäisch-russischen Verhältnisses setzen könnte.

Ebenso stellt die chinesische Zentralasienpolitik, hier insbesondere das Projekt Neue Seidenstraße als Teil der Initiative »One Belt. One Road« (OBOR), eine strategische Herausforderung für die Union dar. Mit der 2013 lancierten Initiative zielt die chinesische Regierung neben der Schaffung einer Handelsroute zur See darauf, Handelswege über Land durch die fünf zentralasiatischen Staaten nach Europa zu erschließen. Mit der Förderung von Infrastrukturprojekten in Zentralasien versucht China neben seinen handelspolitischen Interessen regionale Integration in seiner westlichen Nachbarschaft zu unterstützen. Hier gilt es, mit China Kooperationspotenzial auszuloten. Bisher werden weder die europäischen Interessen noch das Potenzial des Projekts für die EU-Politik eingehender unter den Brüsseler Entscheidungsträgern diskutiert. Mit der Abkehr der neuen US-amerikanischen Administration vom globalen Freihandel kommt der Entwicklung der handelspolitischen Kooperation mit China jedoch eine neue zusätzliche Relevanz zu, die auch von der EU-Zentralasienpolitik aufgegriffen werden muss. Zwar liegt der Fokus der chinesischen Politik in der Region weiter auf wirtschaftlichen Interessen. Mit der Bekämpfung des auch in Zentralasien zunehmenden religiösen Extremismus, der bis in die Uigurische Autonome Region Xinjiang (Volksrepublik China) reicht, teilen China und Europa ein weiteres Interesse in Zentralasien, das auch Anknüpfungspunkte für eine Kooperation mit Russland bietet.

Welche Rolle die USA als dritte globale Macht zukünftig in der Region spielen werden, ist dagegen eine derzeit mehr als offene Frage. Seit der noch unter der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton initiierten, aber dann nicht weiter vorangetriebenen »Silk Road Initiative« (2011) scheinen die USA ihr Interesse an der Region und damit auch an Einfluss verloren zu haben. Ob sich dies unter der neuen Administration ändern wird, ist mehr als fraglich und kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich beantwortet werden. Neben der russisch-chinesischen Konkurrenz um Einfluss in Zentralasien hat sich in den vergangenen Jahren die Politik Japans, Indiens, Irans und Südkoreas in der Region manifestiert, die primär wirtschaftliche Interessen definiert haben, unter anderem den Zugang zu den natürlichen Ressourcen in der Region.

Ähnlich wie bei der Erarbeitung der Globalen Strategie für die gesamte EU-Außenpolitik, muss der geo-

politische Kontext bei der Überarbeitung der EU-Zentralasienstrategie stärker als bei der Strategie von 2007 berücksichtigt werden. Es genügt nicht mehr, dass die EU nur ihre Prioritäten und die Mittel zu deren Erreichung definiert, sondern es muss auch festgelegt werden, wie sie sich gegenüber den anderen in der Region relevanten Akteuren positioniert. In der Konsequenz bietet sich eine stärker handlungsorientierte Strategie an, welche die Aufgabe der strategischen Fokussierung nicht wieder an die umsetzenden Akteure delegiert.

Ausblick und Empfehlungen

Vor dem Hintergrund dieser globalen Ausgangslage und der guten Erfahrung mit einem partizipativen Ansatz bei der Ausarbeitung der Globalen Strategie sollte die anstehende Überarbeitung der EU-Zentralasienstrategie auf ein breites Konsultationsverfahren gestützt werden, das WissenschaftlerInnen von Universitäten und Think-Tanks sowie StakeholderInnen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einbindet. Dies ermöglicht zudem, die praktischen Erfahrungen aus der unmittelbaren Projektarbeit in der Region besser in die Überarbeitung einzubeziehen. Dabei sollte sich der Konsultationsprozess nochmals der drei zuvor diskutierten Fragenkomplexe annehmen und insbesondere die Frage nach der Sinnhaftigkeit und des Umfangs eines regionalen Ansatzes für ganz Zentralasien aufgreifen. Nach Kasachstan wird voraussichtlich auch Turkmenistan ab dem Jahr 2017 keine bilaterale Förderung unter dem »Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit« erhalten, da das Pro-Kopf-Einkommen im Land den entsprechenden Grenzwert überschreiten wird. Beide Länder erhielten dann nur noch im Rahmen von Projekten mit regionaler Dimension europäische Gelder, womit die Differenzierung der EU-Politik gegenüber Zentralasien weiter fortschreiten würde. Dies muss auf der strategischen Ebene reflektiert werden, da es eine Reihe von Herausforderungen gibt, wie Sicherheit, Terrorismusbekämpfung und Wassermanagement, die sich nur grenzüberschreitend effektiv bewältigen lassen. Gleichzeitig ist Zentralasien weltweit die Region in der es die wenigsten Institutionen regionaler Integration und staatenübergreifender Zusammenarbeit gibt. Dies gilt nicht nur für die politische Ebene, sondern auch für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Vernetzung. Das zweite Treffen aller zentralasiatischen Außenminister im C5+1 Format mit den USA im August 2016 stimmt positiv. Wichtig wäre es deshalb neben der Bearbeitung konkreter grenzüberschreitender Probleme, einen Ansatz zu etablieren, der darauf zielt, die derzeit einer regionalen Kooperation entgegenstehenden Hürden zu überwinden. Hier ist beispielsweise an die Schaffung eines am Vorbild von Erasmus+ orientierten Austauschprogramms für Studie-

rende und NachwuchswissenschaftlerInnen innerhalb Zentralasiens zu denken, um langfristig eine Vernetzung der künftigen EntscheidungsträgerInnen in Zentralasien zu erreichen und so eine Basis für zukünftige intraregionale Kooperation zu schaffen.

Ebenso ist für die Überarbeitung der Strategie nochmals die Frage nach der Fokussierung der Prioritäten zu thematisieren. Auch sollte die bereits auf Ebene der Indikativprogramme erfolgte Eingrenzung der von der EU-Politik bearbeiteten Themen auf der strategischen Ebene festgeschrieben werden, um die Effektivität der EU-Politik zu steigern. Hierfür ist zu überprüfen, ob die dort vorgenommene Priorisierung übernommen werden kann oder angepasst werden muss. Zudem sollte unter Berücksichtigung der Diskussion über eine zunehmende Differenzierung der europäischen Zentralasienpolitik thematisiert werden, ob es weiterhin eine einheitliche Definition der Prioritäten für alle fünf Staaten geben sollte oder nicht schon auf der strategischen Ebene zwischen der regionalen und der bilateralen Komponente der EU-Zentralasienpolitik unterschieden werden muss.

Ein konkreter Ansatzpunkt wäre hier, für jeden der fünf Staaten eine Priorität als Hauptziel auszuweisen und ihn in diesem Bereich zum Modellland zu entwickeln. Die Auswahl sollte auf der Grundlage erster positiver Anzeichen in diesem Bereich erfolgen. So könnte z. B. Kirgistan als Schwerpunkt für den weiteren Aufbau der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit mit ihr gelten. Kasachstan hingegen als Modellland für die Wissenschaftsförderung auszuwählen, wäre bei seinem bereits hohen Standard in diesem Bereich überholt, hier sollte der Schwerpunkt vielmehr auf der Wissenschaftskooperation liegen.

Im Zuge der Umsetzung der Vorgaben der Globalen Strategie in den regionalen Strategien der europäischen Politik bedarf auch die dritte eingangs aufgeworfene Frage einer Beantwortung: Wie lässt sich der »auf Grundsätzen beruhende Pragmatismus« konkret realisieren? Die Erfahrungen mit der europäischen Erweiterungspolitik und der Politik der Östlichen Partnerschaft zeigen klar, dass eine zu große Fortschrittsgläubigkeit, was die Transformation der Partnerstaaten hin zu funktionierenden Demokratien betrifft, eher kontraproduktiv ist. Bleiben konkrete Fortschritte über längere Zeit aus, droht die europäische Politik entweder ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren oder sie ist gezwungen, die Kooperation mit den Partnerstaaten schrittweise im Sinne einer negativen Konditionalität einzuschränken. Gerade in der Politik gegenüber einer Region wie Zentralasien, in der sich Staaten als stabil autoritär bzw. im Falle Kirgistans als semi-autoritär erweisen, droht die EU, in diese Falle zu tappen, wenn sie weiterhin am Prinzip strikter Konditionalität festhält. Viel-

mehr ist im Rahmen der anstehenden Überprüfung zu diskutieren, ob die EU in bestimmten Politikbereichen vielmehr eine nicht-konditionierte, ergebnisorientierte

Politik verfolgen und zugleich die Förderung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch konkrete Projekte intensivieren sollte.

Über die Autoren:

Dr. Katrin Böttger ist stellvertretende Direktorin am Institut für Europäische Politik, Berlin. Arbeitsgebiete sind die Europäische Nachbarschaftspolitik, die EU-Zentralasien-Beziehungen, die EU-Erweiterung, die Europäische Bürgerinitiative und Europaskeptizismus.

Julian Plottka ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Politik, Berlin, und Programmmanager beim Graduiertenkolleg »The EU, Central Asia and the Caucasus in the International System« (EUCACIS). Arbeitsgebiete sind Zukunft der EU, demokratische Legitimation der EU, EU-Zentralasien-Beziehungen, Unionsbürgerschaft und die Europäische Bürgerinitiative.

Lesetipps:

- Michael Schaefer, Wei Shen, André Losekrug-Pietri, Diplomatie mit neuen Mitteln. Chinas »Neue Seidenstraße« sollte strategische Priorität der EU sein, Internationale Politik 71 (2016)1, S. 78-87 = <<https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2016/januar-februar/diplomatie-mit-neuen-mitteln>>
- Benno Zogg, Krim in der Steppe: Zentralasien und Geopolitik, CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, Nr. 200, 2016, Dez. = <<http://e-collection.library.ethz.ch/eserv/eth:50389/eth-50389-01.pdf>>
- Sijbren de Jong, The Eurasian Economic Union and the European Union: Geopolitics, Geo-Economics and Opportunities for Europe, Swedish Institute for European Policy Studies: European policy Analysis Nr. 11, 2016, Sept. = <http://www.sieps.se/sites/default/files/2016_11epa%20eng%20A4%20korr2.pdf>
- Rat der Europäischen Union, The EU and Central Asia: Strategy for a New Partnership, Brüssel 2007 = <https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/st_10113_2007_init_en.pdf>

Tabelle 1: Schwerpunktsektoren der EU-Zentralasienpolitik in den Indikativprogrammen

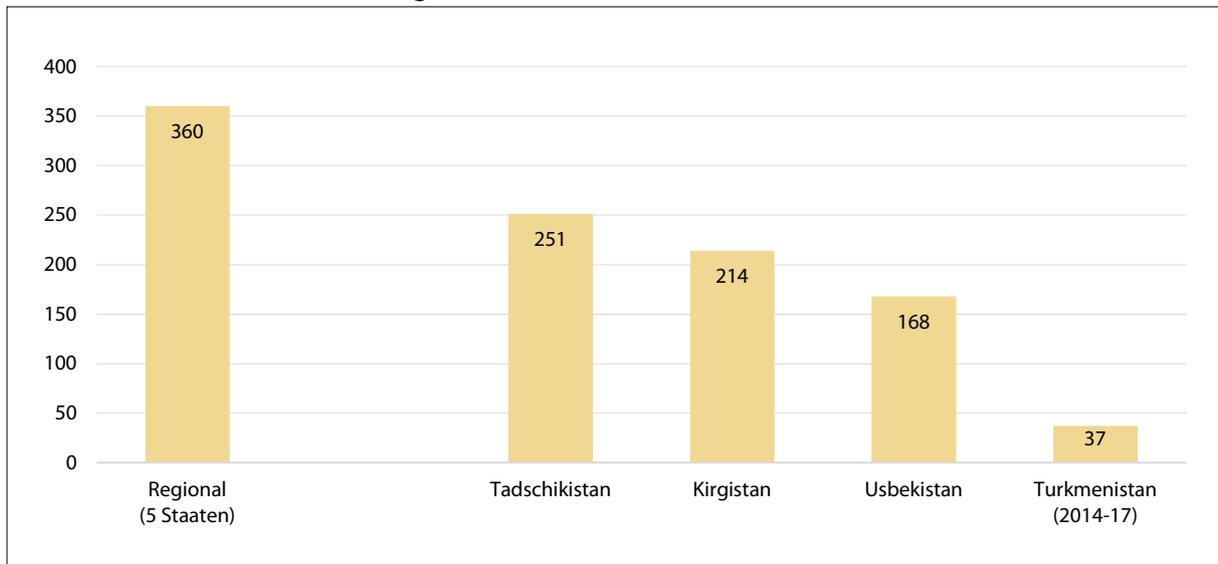
Regional	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
<ul style="list-style-type: none"> • Nachhaltige Entwicklung • Bildung • Regionale Sicherheit und Entwicklung • Reformen (Institutionen, Verwaltung, Recht, Wirtschaft) 	<ul style="list-style-type: none"> • Ländliche Entwicklung • Bildung • Rechtsstaatlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Ländliche Entwicklung • Bildung • Gesundheit 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbildung 	<ul style="list-style-type: none"> • Ländliche Entwicklung

Quelle: Eigene Zusammenstellung von Katrin Böttger und Julian Plottka.

STATISTIK

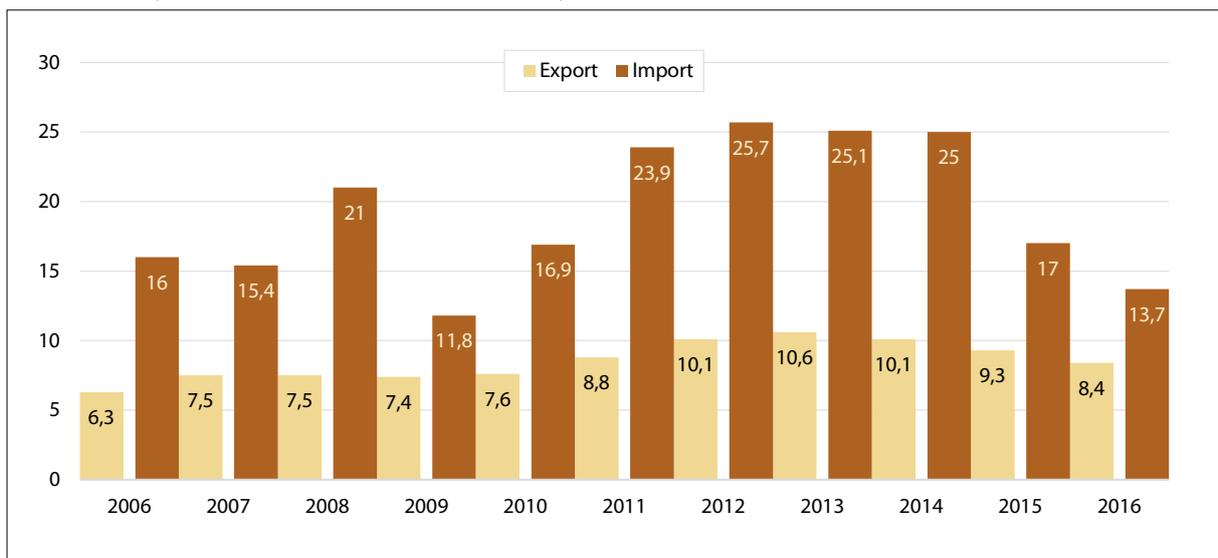
Entwicklungszusammenarbeit und Handelsentwicklung

Grafik 1: Gesamtunterstützung der EU, 2014–2020 (in Mio. US-Dollar)



Quelle: European Union External Action; <http://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eu-central_asia_cooperation_infographic.pdf>

Grafik 2: Entwicklung des Handels zwischen der EU und den zentralasiatischen Republiken (2006–2016, in Mrd. US-Dollar)



Quelle: European Commission; <http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/november/tradoc_151896.pdf>

CHRONIK

18. Februar – 24. März 2017

Kasachstan

20.2.2017	Das Portal Ranking.kz konstatiert für 2016 den stärksten Rückgang der Lebensqualität der kasachstanischen Bevölkerung seit 16 Jahren. Demnach sanken die Realeinkommen durchschnittlich um 4,6 % gegenüber dem Vorjahr.
20.2.2017	Kulturminister Arystanbek Muchameduly und sein russischer Amtskollege Wladimir Medinskij vereinbaren einen Plan zur bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Filmindustrie, Theater und Tourismus. Demnach sollen im Expo-Jahr 2017 in Astana u. a. Gastspiele des Sankt Petersburger Marijnskij-Theaters und des Moskauer Tschechow-Theaters stattfinden.
21.2.2017	Der stellvertretende Minister für Investitionen und Entwicklung, Albert Rau, erklärt im staatlichen Fernsehen, dass in diesem Jahr 50 Mrd. Tenge (ca. 158 Mio. US-Dollar) aus dem staatlichen Rentenfonds für die Förderung der Eisenbahnindustrie bereitgestellt werden sollen.
21.2.2017	Der wegen des Verdachts der Geldwäsche in Untersuchungshaft sitzende Journalist der oppositionellen Zeitung Tribuna. Sayasi Kalam (Tribüne. Der politische Stift), Schanbolat Mamai, beklagt in einem Brief, dass er von seinen Mithäftlingen erpresst und geschlagen werde und bittet um Verlegung in Einzelhaft.
22.2.2017	Der ehemalige Vize-Premier Imangali Tasmagambetow wird vom russischen Außenminister Sergej Lawrow zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis empfangen.
22.2.2017	Die Organisation für die Rechte Inhaftierter Penal Reform International teilt mit, dass sie im Jahr 2016 mehr als 1.500 Fälle von Folter in kasachstanischen Gefängnissen registriert hat.
23.2.2017	Vize-Premier Askar Mamin trifft zu Regierungskonsultationen in Taschkent ein, an deren Rande er u. a. von Präsident Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen empfangen wird. Beide Seiten stellen die Einrichtung einer Hochgeschwindigkeitszugverbindung zwischen Almaty und Taschkent in Aussicht.
24.2.2017	Eine von Präsident Nursultan Nasarbajew am 11.1. gegründete Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die Umstrukturierung der Vollmachten von Legislative und Exekutive, gibt bekannt, dass sie einen entsprechenden Gesetzentwurf für die Änderung der Verfassung fertiggestellt hat.
24.2.2017	Der Journalist und Blogger Aschat Bersalimow wird wegen einer Reportage über den inhaftierten oppositionellen Journalisten Mamai festgenommen und mit einer Ordnungsstrafe von 15 Tagen Haft belegt. Zwei weitere Bürgerrechtler werden ebenfalls vorübergehend verhaftet, nachdem sie sich öffentlich für die Freilassung Mamais eingesetzt hatten.
25.2.2017	Iran kündigt an, über die kommenden drei Jahre ca. 950 t kasachstanisches Uranerz zur friedlichen Kernenergienutzung kaufen zu wollen.
25.2.2017	Der Gouverneur des Gebietes Kostanai unterzeichnet einen Vertrag mit dem usbekischen Autohersteller Uzavtosanoat über die Produktion von 7.000 Wagen der usbekischen Marke Ravon in der kasachstanischen SaryarkaAvtoProm LLP.
26.2.2017	Beim Absturz eines privaten Hubschraubers kommt im Gebiet Ostkasachstan der Pilot ums Leben, ein Passagier wird verletzt.
27.2.2017	Der Direktor des Baseler Friedensbüros, Alyn Ware, und der Abgeordnete Bill Kidd des schottischen Parlaments nominieren Präsident Nasarbajew erneut für den Friedensnobelpreis.
27.2.2017	Ein Gericht in Astana verlängert die Untersuchungshaft des der Annahme von Schmiergeldern im besonders großen Umfang bezichtigten ehemaligen Ministers für die nationale Wirtschaft, Kuandyk Bischimbajew, bis zum 10.4.2017.
27.2.2017	Präsident Nasarbajew empfängt in Almaty seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu Gesprächen über aktuelle Fragen der bilateralen Zusammenarbeit, sowie zu den in Astana stattfindenden Verhandlungen im Syrien-Friedensprozess.
27.2.2017	In einem Bericht des Nationalfonds Samruk-Kasyna wird für das Jahr 2017 eine Verringerung der kasachstanischen Uranproduktion um 8 % angekündigt.
28.2.2017	Die leitende Mitarbeiterin der Nationalen Kasachischen Al-Farabi-Universität, Almaty, Sarema Schaukenowa, wird zur neuen Leiterin des Kasachstanischen Instituts für Strategische Studien (KISI) in Astana ernannt.
28.2.2017	Der Aufsichtsratsvorsitzende der Staatsholding Baiterek, Jربولat Dosajew, trifft am Rande eines Wirtschaftsforums im russischen Sotschi mit dem Präsidenten der Autonomen Republik Tatarstan, Rustam Minnichanow, und dem russischen Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Maksim Orjeschkin, zu Gesprächen über die bilaterale Kooperation zusammen.

1.3.2017	Der Botschafter Kasachstans in Polen, Altai Abibullajew, wird von seinem Posten entlassen. Ihm droht ein Disziplinarverfahren wegen Überschreitung seiner dienstlichen Vollmachten, zuletzt waren auch Korruptionsvorwürfe gegen den Diplomaten laut geworden.
1.3.2017	Präsident Nasarbajew empfiehlt, die bisherige Formulierung in der Verfassung, dass »jeder Bürger Kasachstans das Recht auf Landeigentum habe«, beizubehalten. Stattdessen war »jeder in Kasachstan« vorgeschlagen worden.
2.3.2017	Die Bürgerrechtsplattform Obschtschestwennaja Pozizija (Gesellschaftliche Position) veröffentlicht einen Brief des Journalisten Mamai, in dem dieser einen gegen ihn gerichteten Angriff von Mithäftlingen dokumentiert.
3.3.2017	Der stellvertretende Sprecher der unteren Kammer des Parlaments, Wladimir Boschko, erklärt am Rande einer Sitzung beider Parlamentskammern mit Präsident Nasarbajew zu den Verfassungsänderungen gegenüber Journalisten, dass eine Auflösung des Parlaments und Neuwahlen nach Inkrafttreten der Änderungen unwahrscheinlich seien.
3.3.2017	Der kasachstanische Popsänger Dimasch Kudaibergen erreicht das Finale einer chinesischen TV-Talentshow. Sein erst seit einer Woche bestehendes Profil beim chinesischen sozialen Netzwerk Weibo hat bereits 244 Mio. Follower.
4.3.2017	Präsident Nasarbajew und sein russischer Amtskollege Putin besprechen in einem Telefonat u. a. die nächste Runde von Syrien-Gesprächen in Astana.
6.3.2017	Wie von Präsident Nasarbajew am 1.3. vorgeschlagen, stimmen nur beide Kammern des Parlaments und nicht die Bevölkerung über eine Reihe von Verfassungsänderungen ab, die vor allem die Vollmachten der Regierung erweitern. Der genaue Inhalt der Änderungen wird erst danach publik gemacht.
7.3.2017	Premier Sagyntajew kündigt bei einem Treffen der Regierungschefs der EEU in Bischkek eine mögliche Ausweitung der Zahl von kirgisischen Unternehmen, die ihre Produkte nach Kasachstan liefern dürfen, an.
7.3.2017	Ein Bericht in der International New York Times konstatiert mit Blick auf die Intensivierung international bedeutsamer diplomatischer Bemühungen, der Etablierung eines renommierten Opernhauses und der EXPO-2017, dass Astana zu einer »richtigen« Hauptstadt gereift sei.
9.3.2017	Der australische Bergbaukonzern Rio Tinto kündigt eine massive Ausweitung seiner Explorationsaktivitäten in Kasachstan vor allem im Bereich des Abbaus von Diamanten an.
9.3.2017	Vize-Agrarminister Kairat Aituganow äußert die Hoffnung auf eine Steigerung des Exports von landwirtschaftlichen Gütern im Jahr 2017 um 10 % gegenüber dem Vorjahr.
9.3.2017	Präsident Nasarbajew bespricht in einem Telefonat mit seinem serbischen Amtskollegen Tomislav Nikolic Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit.
9.3.2017	Der Verfassungsrat billigt die vor wenigen Tagen verabschiedeten Verfassungsänderungen.
10.3.2017	Präsident Nasarbajew unterschreibt das Gesetz zu den Verfassungsänderungen, die somit in Kraft treten, und gratuliert dem Volk Kasachstans.
12.3.2017	Der Militärstaatsanwalt der Garnison von Aktau, Rustam Chodschajew, kündigt eine Untersuchung über die Todesursache eines Wehrdienstleistenden der Marine an, der zwei Tage zuvor aufgrund von »unsachgemäßem Umgang mit der Waffe« ums Leben gekommen war. Suizid schließt er nicht aus.
13.3.2017	Außenminister Kairat Abdrachmanow erklärt gegenüber Journalisten, dass die weitere Tätigkeit türkisch-kasachstanischer Lyzeen nicht mehr in Frage stehe, nachdem diese einen Prozess des »Rebrandings« durchlaufen hätten und nun »Wissensinnovative Oberschulen« hießen.
14.3.2017	Präsident Nasarbajew ernennt vier Gebietsgouverneure neu. Jeraly Tugschanow wird zum neuen Gouverneur des Gebiets Mangistau ernannt, er wird Nachfolger von Alik Aidarbajew. Zum neuen Gouverneur des Gebiets Karaganda wird Jerlan Koschanow ernannt, der Nurmuchambet Abdibekow ablöst. Neuer Gouverneur im Gebiet Nordkasachstan wird Kumar Aksakalow als Nachfolger von Jerik Sultanow. Malik Mirsalin wird neuer Gouverneur des Gebiets Akmola und löst Sergej Kulagin ab.
14.3.2017	Vor einem Gericht in Astana beginnt der Prozess gegen den ehemaligen stellvertretenden Bildungsminister Sajat Schajachmetow wegen der mutmaßlichen Veruntreuung von 1,5 Mrd. Tenge (4,7 Mio. US-Dollar). Die gerichtliche Untersuchung hatte bereits im Sommer 2014 begonnen, war jedoch wegen zusätzlicher Beweisaufnahmen verschoben worden.
14.3.2017	In Astana beginnt eine neue Runde der Syrien-Gespräche unter Beteiligung von Diplomaten der Garantiemächte des Waffenstillstandsabkommens vom Januar, aber ohne Vertreter der bewaffneten syrischen Opposition.
14.3.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass der Bürgerrechtler Sanat Bukenow bereits am 3.3. von einem Gericht in Karaganda wegen Verleumdung von Behördenvertretern zu vier Jahren Haft verurteilt wurde.

16.3.2017	Der Minister für die nationale Wirtschaft, Timur Suleimenow, warnt im Rahmen eines Wirtschaftsforums in Almaty, dass die Liberalisierung der usbekischen Wirtschaft aufgrund der nun entstehenden stärkeren regionalen Konkurrenz eine der größten Herausforderungen für die kasachstanische Wirtschaft darstelle.
16.3.2017	Das Außenministerium dementiert Berichte der US-Behörden, wonach Karim Baratow, einer der vier eines Hacker-Angriffs auf Yahoo beschuldigten Männer, kasachstanischer Staatsbürger sei. Er habe bereits 2011 die kasachstanische Staatsbürgerschaft zugunsten der kanadischen abgegeben.
16.3.2017	Der ehemalige Gouverneur des Gebiets Mangystau, Aidarbajew, wird zum stellvertretenden Minister für Investitionen und Entwicklung ernannt.
17.3.2017	In Astana beginnen vorläufige gerichtliche Anhörungen im Fall des Ex-BTA Bank-Chefs Abldjasow. Das Gericht gibt eine Abhaltung des Prozesses in absentia bekannt.
17.3.2017	Vor einem Gericht in Astana beginnen vorläufige gerichtliche Anhörungen im Fall des am 21.1. in Aktau festgenommenen stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbands, Nurbek Kuschakbajew. Ihm werden Handlungen, die zur Fortführung des für ungesetzlich erklärten Streiks führten, zur Last gelegt.
18.3.2017	Präsident Nasarbajew bespricht in einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen Putin die regionale politische Lage, insbesondere mit Blick auf die Ukraine.
19.3.2017	Der kasachstanische Mittelgewichtsboxer Gennadij Golowkin gewinnt im New Yorker Madison Square seinen 37. Kampf in Folge gegen den US-Amerikaner Danny Jacobs. Erstmals seit 23 Kämpfen schlägt Golowkin seinen Gegner nicht vorzeitig K.o., sondern wird nach 12 Runden Sieger nach Punkten.
20.3.2017	Die Bloggerin Schanar Achmet erklärt gegenüber RFE/RL, dass sie Kasachstan aus Angst vor politischer Verfolgung mit ihrer Tochter vor wenigen Tagen verlassen habe. Sie war in den vergangenen Monaten mehrmals vor Gericht vorgeladen worden.
21.3.2017	Im Ranking World Cost of Living 2017 der britischen Economist Intelligence Unit, das die Lebenshaltungskosten in Großstädten der Welt vergleicht, belegt Almaty hinter Lagos und Bangalore den letzten (133.) Rang (der günstigsten Stadt).
22.3.2017	Eine Schnellzugverbindung auf Basis spanischer Talgo-Zugtechnik zwischen Almaty und Taschkent wird ab sofort von den Eisenbahnunternehmen Kasachstans und Usbekistans bedient.
23.3.2017	Der usbekische Präsident Mirsijojew trifft zu seinem ersten, mit Spannung erwarteten offiziellen Staatsbesuch in Astana ein. Bei einem Treffen mit Präsident Nasarbajew betonen beide die deutliche Verbesserung der bilateralen Beziehungen der bevölkerungsreichsten Staaten Zentralasiens seit dem Amtsantritt Mirsijojews. Bei einem Wirtschaftsforum werden nach kasachstanischen Angaben bilaterale Verträge mit einem Volumen von über 1 Mrd. US-Dollar unterzeichnet.
24.3.2017	Bei einem Unglück in einer Mine des Staatskonzerns Kasachmys in Scheskasgan (Gebiet Karaganda) kommt ein Bergarbeiter ums Leben.

Kirgistan

18.2.2017	Am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz trifft Präsident Almasbek Atambajew mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und UN-Generalsekretär António Guterres zu Gesprächen zusammen.
18.2.2017	Der Film Centaur des kirgisischen Regisseurs Aktan Arym Kubat wird bei den 67. Berliner Filmfestspielen mit dem Preis der CICAIE (Internationaler Verband der Filmkunsttheater) ausgezeichnet.
19.2.2017	Im Gebiet Osch kommen durch Lawinenabgänge drei Menschen ums Leben, weitere werden verletzt, viele Häuser zerstört.
20.2.2017	Auf der Militärbasis Nr. 52870 beginnt ein gemeinsames zweiwöchiges kirgisisch-indisches Manöver (Kandschar-2017).
20.2.2017	Vize-Premier Muchammetkaly Abulgasijew erklärt bei einem Besuch des Dorfes Datschi-Suu, auf das am 16.1.2017 eine türkische Frachtmaschine gestürzt war, dass die Regierung der Türkei eine Aufforderung zur Begleichung des entstandenen Schadens, der auf 195 Mio. Som (knapp 3 Mio. US-Dollar) geschätzt wird, zugestellt habe.

21.2.2017	Die stellvertretende Außenministerin Dinara Kemelowa rechtfertigt gegenüber dem Botschafter Kasachstans, Ajymdos Bosschigitow, die umstrittene Äußerung Präsident Atambajews vom 17.2., dass die Schließung der gemeinsamen Grenze durch Kasachstan im April 2010 Todesopfer auf kirgisischer Seite zur Folge gehabt habe: Ein Mensch sei beim Durchschwimmen des Grenzflusses Tschui ertrunken, Schwerkranke wegen Medikamentenmangels gestorben. Die Schließung der Grenze habe zudem zu einer Verschlechterung der sozioökonomischen Lage und wachsenden Spannungen in Kirgistan geführt. Auch seien vier der insgesamt 12 Grenzübergänge bis zum heutigen Tag geschlossen.
21.2.2017	Präsident Atambajew erklärt in Bischkek gegenüber einer Delegation des Europäischen Parlamentes, die sich anlässlich der 12. Sitzung des Komitees für Zusammenarbeit der Parlamente in Bischkek aufhält, er habe in Brüssel die volle Unterstützung der europäischen Führer bekommen. Die EU-Parlamentarier treffen auch mit Außenminister Erlan Abdyldajew und Parlamentssprecher Tschynybai Tursunbekow zusammen.
21.2.2017	Die Open Society Foundation des US-amerikanischen Milliardärs Soros veröffentlicht auf ihrer Website eine Presseerklärung, in der sie Kirgistan beschuldigt, im Fall des usbekischen Menschenrechtlers Asimschan Askarow Folter anzuwenden und rechtsstaatliche Prinzipien zu verletzen. Vize-Premier Dschenisch Rasakow erklärt demgegenüber auf einer Sitzung des Koordinierungsrates für Menschenrechte, dass die Menschenrechtslage in Kirgistan sich in den letzten Jahren verbessert habe und sowieso eine der besten in der Region sei.
22.2.2017	Der kirgisische Dienst von RFE/RL meldet, dass Viktor Puchow, Erster Sekretär der Botschaft der RF in Kirgistan, auf Beschluss des Botschafters das Land verlassen hat. Von Botschaftsseite wird betont, dass sich Puchow am Steuer des Landrovers befunden habe, der am 16.2. in Bischkek einen tödlichen Verkehrsunfall verursacht hatte; kirgisische Medien behaupten dagegen, dass der stellvertretende Chef von Rosneft in Kirgistan, Igor Rjasnyj, Fahrer des Wagens gewesen sei.
22.2.2017	Ein Pariser Berufungsgericht annulliert im Rechtsstreit zwischen dem lettischen Geschäftsmann Valeri Belokon und dem Staat Kirgistan um die Entschädigung für die Enteignung der Manasbank 2010 das Urteil der Vorinstanz von 2014, nach dem Kirgistan 16,5 Mio. US-Dollar als Entschädigung an Belokon zahlen sollte. Nach offiziellen kirgisischen Angaben soll die Bank in Geldwäsche u. a. kriminellen Geschäften tätig gewesen sein.
24.2.2017	Während der Anhörung des Ata-Meken-Abgeordneten Almambet Schykmamatow wegen des Verdachts von Korruption versammeln sich vor dem Gebäude des Staatskomitees für nationale Sicherheit einige Dutzend Anhänger und fordern Präsident Atambajew auf, die Verfolgung von Oppositionellen einzustellen und den Vorsitzenden des Komitees, Abdil Segisbajew, abzusetzen.
24.2.2017	Bei regulären politischen Konsultationen zwischen den Außenministerien der Türkei und Kirgistans unter Leitung der stellvertretenden Minister, Ümit Yardim und Emil Kakijew, werden Fragen der bilateralen Zusammenarbeit erörtert.
25.2.2017	In der Nacht wird der von einer Dienstreise aus Österreich zurückkehrende Führer der oppositionellen Parlamentsfraktion Ata-Meken, Omurbek Tekebajew, auf dem Flughafen von Bischkek wegen des Verdachts von Korruption und Betrug festgenommen.
26.2.2017	In der Nähe des Gebäudes des Staatskomitees für nationale Sicherheit in Bischkek versammeln sich bis zu 1.000 Unterstützer Tekebajews, darunter bekannte Politiker wie Ex-Präsidentin Rosa Otunbajewa, und fordern die Freilassung des Ata-Meken-Politikers. Auch in Osch und Basar-Korgon (Gebiet Dschalalabad), der Heimat Tekebajews, finden Demonstrationen statt. Währenddessen teilt die Generalstaatsanwaltschaft mit, dass Tekebajew vorgeworfen werde, in seiner Zeit als stellvertretender Premier der Übergangsregierung 2010 von Leonid Majewskij, dem Eigentümer mehrerer russischer Telekommunikationsfirmen, 1 Mio. US-Dollar für Unterstützung beim Zugang zum kirgisischen Markt angenommen zu haben. Die Strafverfolgung beruhe auf Aussagen Majewskijs vor dem Staatskomitee für nationale Sicherheit.
27.2.2017	Der Vorsitzende des Staatskomitees für nationale Sicherheit, Segisbajew, erläutert in geschlossener Sitzung Vertretern der Parlamentsfraktionen die Hintergründe der Verhaftung Tekebajews. Im Zentrum von Bischkek versammeln sich erneut ca. 300 Menschen, die die Freilassung des Politikers fordern; in Basar-Korgon blockieren mehr als 500 Menschen die Durchgangsstraße, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. Am Abend wird bekannt, dass ein Gericht nach dessen Anhörung eine zweimonatige Untersuchungshaft für Tekebajew verfügt hat.
28.2.2017	In Bischkek demonstrieren ca. 50 Anhänger Tekebajews vor dem Gebäude des Staatskomitees für nationale Sicherheit. Präsident Atambajew bestreitet vor der Presse, dass Tekebajews Verhaftung politisch motiviert sei. Die Parlamentsfraktion von Ata-Meken teilt mit, dass sie auf einer Sondersitzung Almambet Schykmamatow zu ihrem zeitweisen Fraktionschef gewählt hat.
28.2.2017	Innenminister Ulan Israilow empfängt seinen russischen Amtskollegen Wladimir Kolokolzew zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit, insbesondere im Kampf gegen Terrorismus, illegale Migration und Drogenhandel.

28.2.2017	Präsident Atambajew empfängt seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis. Putin betont, dass Kirgistan für Russland ein wichtiger Partner sei und sagt weitere russische Unterstützung bei der Adaptation Kirgistans an die EEU zu.
1.3.2017	Präsident Atambajew ernennt Sapar Isakow zum Leiter der Präsidentialverwaltung. Sein Vorgänger, Farid Nijasow, wird Berater Atambajews.
1.3.2017	Taalajkul Isakunow, Minister für Arbeit und soziale Entwicklung, erörtert mit seinem russischen Amtskollegen Maksim Topilin Perspektiven der weiteren Zusammenarbeit.
1.3.2017	Der Vorsitzende des Staatskomitees für nationale Sicherheit, Segisbajew, erläutert vor dem Parlament Hintergründe und Umstände der Verhaftung Tekebajews und bittet, keinen politischen Druck auf die Ermittlungen auszuüben. Unterdessen versammeln sich 200–250 Anhänger Tekebajews vor dem Gebäude und ziehen dann zum Gebäude des Fernsehsenders ORTK. Der Übergangsfractionschef Schykmamatow postet in den sozialen Netzwerken eine Erklärung Tekebajews, in der dieser seine Unschuld beteuert, seine Verfolgung als politisch motiviert bezeichnet und seinen Unterstützern dankt.
1.3.2017	Premier Sooronbaj Dscheenbekow nimmt am 13. Gipfel der Economic Cooperation Organization (ECO) im pakistanischen Islamabad teil.
1.3.2017	In Moskau wird der auf kirgisches Ersuchen wegen Betruges über Interpol gesuchte Bankier und Gründer der Holding GMS, German Zoi, bei einer Sonderaktion verhaftet.
2.3.2017	Nach Angaben des Nationalen Statistischen Komitees sind die ausländischen Direktinvestitionen 2016 mit 654,8 Mio. US-Dollar gegenüber dem Vorjahr um das 2,4fache zurückgegangen.
2.3.2017	Die türkische Botschaft in Bischkek erklärt in Reaktion auf die Behauptung der Anwälte Tekebajews, sie könnten mit Dokumenten des türkischen Geheimdienstes belegen, dass sich in der türkischen Frachtmaschine Güter für Präsident Atambajew und seine Frau befunden hätten, es handele sich um Fälschungen.
2.3.2017	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren gegen mehrere Mitarbeiter von Standesämtern in Bischkek wegen Amtsmissbrauch und Dokumentenfälschung. Sie sollen 56 Kirgisen geholfen haben, ihre kirgisischen Namen in koreanische zu verändern, um nach Südkorea ausreisen zu können.
3.3.2017	Im Dorf Basar-Korgon gehen die Protestveranstaltungen gegen die Verhaftung Tekebajews weiter, während sie in Bischkek zum Erliegen kommen.
5.3.2017	Die Partei Ata-Meken nominiert auf einem Parteitag in Bischkek ihren in Haft befindlichen Parteichef Tekebajew zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im November 2017.
5.3.2017	Parlamentssprecher Tursunbekow und die Chefs der Parlamentsfraktionen von Onuguu-Progress, Kyrgyzstan, Bir Bol und Ata-Meken besuchen den inhaftierten Tekebajew im Untersuchungsgefängnis. Dieser versichert ihnen nachdrücklich seine Unschuld.
6.3.2017	In seiner Rede bei der Verleihung von Auszeichnungen an Kulturschaffende in Ala-Artscha unterstützt Präsident Atambajew den in der Vorwoche von dem Abgeordneten Bakyt Torobajew vorgebrachte Idee einer vorzeitigen Auflösung des Parlamentes. Zudem beschuldigt er den kirgisischen Dienst von RFE/RL der Verbreitung von Gerüchten und des Versuches der Spaltung des Volkes.
6.3.2017	Präsident Atambajew unterzeichnet das Gesetz über die Ratifizierung der Änderungen des Vertrages über eine Freihandelszone mit Usbekistan vom 18.1.2011.
7.3.2017	In Bischkek findet das 7. Treffen der Premierminister der EEU-Staaten statt. Themen der Gespräche sind die Ergebnisse des Jahres 2016 und Perspektiven der Union. Am Rande trifft Premier Dscheenbekow mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Bakyttschan Sagintajew zu bilateralen Gesprächen zusammen.
7.3.2017	In Dschalalabad versammeln sich ca. 50 Menschen mit der Forderung, Bektur Asanow aus der Untersuchungshaft freizulassen. Asanow war gemeinsam mit Kubanytschbek Kadyrow, Dastan Sarygulow und Ernest Karybekow 2016 unter der Beschuldigung des Versuchs einer gewaltsamen Machtergreifung verhaftet worden.
7.3.2017	Die Generalstaatsanwaltschaft reicht Klage wegen die Ehre und Würde Präsident Atambajews verletzender Äußerungen gegen die beiden Verteidiger Tekebajews, Taalajgul Toktakunowa und Kanatbek Asis, ein. Anlass ist die Behauptung, dass Frachtgut in dem im Januar abgestürzten Flugzeugs Atambajew und seiner Frau gehört habe.
7.3.2017	Die Partei Ata-Meken reicht Klage gegen Präsident Atambajew wegen erniedrigender und verletzender Worte über die Partei ein. Man wolle weder Geld noch eine Entschuldigung, sondern dass Atambajew seine Äußerungen vom Vortag, dass das Parlament sich in einen Ort, wo man sich Gerüchte ausdenke, verwandelt habe, zurücknehme.
7.3.2017	Nach Angaben ihres Vorstandsvorsitzenden Almas Alimbekow hat die OAO Kyrgyzaltyn 2016 einen Reingewinn von 250 Mio. Som (3,6 Mio. US-Dollar) gemacht.

8.3.2017	In Bischkek werden mehrere ehemalige und aktive Mitarbeiter des Staatskomitees für nationale Sicherheit mit 7,5 kg Heroin festgenommen.
9.3.2017	In Bischkek wird in Gegenwart von EU-Vertretern ein EU-Projekt zur Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption gestartet, für das im Laufe von 24 Monaten 555.500 Euro zur Verfügung stehen.
9.3.2017	Generalstaatsanwältin Indira Dscholdubajewa erhebt Klage gegen die Anwälte von Tekebajew, Toktakunowa und Asis, sowie die Website Zanoza und den kirgisischen Dienst von RFE/RL wegen der von ihnen verbreiteten Behauptung, dass sich in dem am 16.1. abgestürzten Flugzeug geschmuggelte Ware befand, die der Familie des Präsidenten gehörte. Von den Anwälten fordert sie als Kompensation für den moralischen Schaden 10 Mio. Som (144.000 US-Dollar), von RFE/RL ebenfalls 10 Mio. Som und von Zanoza 3 Mio. Som (43.000 US-Dollar). Am Nachmittag wird die Höhe der Forderungen jeweils verdoppelt.
9.3.2017	Im Zentrum von Bischkek versammeln sich ca. 50 Anhänger Tekebajews um seine Freilassung zu fordern, weitere 50 treffen sich am Stadtgericht, wo eine Aufhebung seiner U-Haft abgelehnt wird. Im Bezirk Basar-Korgon werden ca. 50 Demonstranten von Sicherheitskräften an einem Marsch in das Bezirkszentrum gehindert. Tekebajew fordert in einer Erklärung die Parlamentsabgeordneten auf, sich einer Auflösung der Volksvertretung zu widersetzen.
10.3.2017	Die Sozialdemokratische Partei Kirgistans, deren Vorsitzender bis zu seiner Wahl zum Präsidenten Atambajew war, fordert gerichtlich von der Nachrichtenagentur 24.kg und der Direktorin des Instituts für gesellschaftliche Analyse, Rita Karasartowa, je 1 Mio. Som (14.500 US-Dollar) wegen Schädigung der Reputation sowie die Publikation einer Gegendarstellung. Die Klage richtet sich gegen einen am 8.2. bei 24.kg publizierten Beitrag, in dem Karasartowa Korruptionsvorwürfe geäußert hatte. Gleichzeitig wird bekannt, dass die Unabhängige Union der Journalisten Kirgistans in einer Erklärung ihre Beunruhigung über die Klagen und die hohen finanziellen Forderungen der Generalstaatsanwaltschaft gegen RFE/RL und die Website Zanoza sowie der SDPK gegen 24.kg zum Ausdruck gebracht hat.
10.3.2017	Auf der Website Change.org wird eine Petition gepostet, in der Bürger Kirgistans Präsident Atambajew auffordern, die öffentliche Beleidigung und Herabwürdigung von Einzelpersonen, Zivilgesellschaft und Massenmedien einzustellen.
10.3.2017	Nach Angaben des Nationalen Statistischen Komitees ist 2016 der Handelsumsatz Kirgistans mit den EEU-Staaten im Vergleich zum Vorjahr um 19% zurückgegangen, während er dank der Steigerung des Exportes vor allem von Gold, Erzen und Gemüse insgesamt nur um 4% gesunken ist.
10.3.2017	Am Abend veranlassen Milizionäre den Chefredakteur der russländischen Informationsagentur Regnum in Kirgistan, Grigorij Michailow, kurz nach Kasachstan auszureisen – und verweigern ihm dann die Wiedereinreise. Michailow, der russischer Staatsbürger ist und seit vielen Jahren in Bischkek lebt und arbeitet, erklärt später, dass er einen Zusammenhang mit seiner beruflichen Tätigkeit vermutet. Regnum hatte zuvor Materialien von Tekebajew und Ata-Meken publiziert.
12.3.2017	Eine Delegation des Außenministeriums unter Leitung der stellvertretenden Außenministerin Kemelowa führt in Taschkent Gespräche mit Vertretern des dortigen Ministeriums über Stand und Perspektiven des bilateralen Verhältnisses. Beide Seiten sprechen sich für freundschaftliche, gutnachbarschaftliche Beziehungen aus.
12.3.2017	Der Pressedienst des Präsidenten verbreitet eine Erklärung, in der Atambajew den Massenmedien des Landes vorwirft, unter der Losung Pressefreiheit zunehmend Gerüchte und Lügen über ihn zu verbreiten um die innere Lage zu destabilisieren und ihn in den Augen der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren.
13.3.2017	Im Gebiet Tschui werden sieben Männer im Alter von 21–40 Jahren unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in der verbotenen Hisb ut-Tahrir festgenommen und größere Menge religiöser-extremistischer Literatur beschlagnahmt.
14.3.2017	Parlamentssprecher Tursunbekow trifft während seines Pakistanbesuches mit Präsident Mamnoon Hussain und dem Sprecher der pakistanischen Nationalversammlung, Sardar Ajas Sadik, zu Gesprächen über den Stand der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zusammen.
14.3.2017	Ein Bezirksgericht in Bischkek gibt der Forderung des Bürgermeisters der Stadt, Albek Ibrahimow, gegen den Ata-Meken-Führer Tekebajew über 1 Mio. Som (14.400 US-Dollar) statt.
14.3.2017	Die Eurasian Development Bank (EDB) bewilligt einen Kredit in Höhe von 110 Mio. US-Dollar für die Finanzierung der Inbetriebnahme des zweiten Aggregats des Wasserkraftwerkes von Kambar-Ata 2.
14.3.2017	Der kirgisische Dienst von RFE/RL berichtet, dass ca. 200 Bewohner der Siedlung Datschi-Su, wo am 16.1. ein Frachtflugzeug abgestürzt war, auf einer Versammlung von den Behörden die Entscheidung zu einer Umsiedlung des Dorfes an einen weniger gefährlichen Ort fordern.

14.3.2017	Der Geschäftsführerin der in Moskau tätigen internationalen NGO zur Unterstützung von Migranten Tong Dschachoni, der usbekischen Staatsbürgerin Walentina Tschupik, wird auf dem Flughafen von Bischkek die Einreise nach Kirgistan verweigert. Sie sollte auf Einladung der französischen Wohltätigkeitsorganisation Karitas an einem Seminar teilnehmen.
15.3.2017	Bei der Übergabe der Dokumente mehrerer ausländischer Botschafter wiederholt Präsident Atambajew seine Kritik an den Massenmedien und fordert die Journalisten des Landes zur Einhaltung der Regeln der journalistischen Ethik auf.
15.3.2017	Das Spendenkonto für die Opfer des Flugszeugabsturzes am 16.1. wird mit einem Stand von mehr als 96,5 Mio. Som (1,4 Mio. US-Dollar) geschlossen. Das Geld wird einer Regierungskommission übergeben, der auch Betroffene angehören, um Transparenz bei der Verteilung an die Opfer zu gewährleisten.
15.3.2017	Im Bezirk Alamedin (Gebiet Tschui) werden drei Männer unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in der verbotenen Hizb ut-Tahrir festgenommen und extremistische religiöse Literatur beschlagnahmt.
16.3.2017	Ein Bezirksgericht in Bischkek ordnet die Beschlagnahmung von zwei Häusern, drei Autos und zwei Grundstücken der Anwältin der Partei Ata-Meken, Toktakunowa, an, um damit im Falle einer Verurteilung Toktakunowa die Forderung der Generalstaatsanwaltschaft von 10 Mio. Som (145.000 US-Dollar) begleichen zu können.
16.3.2017	Das Parlament wählt Tursungil Tscharginowa zur Richtern des Obersten Gerichts.
16.3.2017	Das Parlament billigt in dritter Lesung das Gesetzesprojekt über den Schutz vor familiärer Gewalt, in dem der Begriff auf wirtschaftliche Gewalt und die Androhung von Gewalt ausgeweitet wird.
16.3.2017	Der kirgisische Dienst von RFE/RL berichtet, dass Generalstaatsanwältin Dscholdubajewa am 13.3. eine weitere Klage gegen die Internetzeitschrift Zanoza und ihren Mitarbeiter Naryn Ajyp wegen Verletzung der Ehre und Würde des Präsidenten eingereicht hat. Gefordert werden je 3 Mio. Som (43.000 US-Dollar) wegen Äußerungen in einem im Oktober 2015 publizierten Beitrag.
17.3.2017	Anlässlich des 15. Jahrestages der Ereignisse von Aksy sagt Präsident Atambajew den Angehörigen der Todesopfer und den Verletzten auf einer Gedenkveranstaltung in Bischkek je 40.000 Som (580 US-Dollar) zu. Am 17.3.2002 hatten Sicherheitskräfte im Dorf Bospijek, Bezirk Aksy (Gebiet Dschalalabad) das Feuer auf Demonstranten, die die Freilassung des Abgeordneten Asimbek Beknazarow gefordert und gegen die Politik des damaligen Präsidenten Askar Akajew protestiert hatten, eröffnet und sechs Menschen erschossen sowie ca. 30 verletzt.
17.3.2017	Im Dorf Kara-Dschygatsch des Bezirks Aksy findet unter Beteiligung zahlreicher oppositioneller Politiker eine Versammlung statt, auf der die Freilassung der Mitglieder des Volksparlamentes und die Einstellung des Verfahrens gegen die Ata-Meken-Führer Tekebajew und Dujtschenkul Tschotonow gefordert wird.
17.3.2017	Am Abend wird die Wohnung des ehemaligen Besitzers der Wetschernyj Bischkek AG, Aleksandr Kim, von Mitarbeitern der Finanzpolizei und des Staatsdienstes für den Kampf gegen Wirtschaftsverbrechen durchsucht.
18.3.2017	In Bischkek nehmen mehr als 100 Journalisten, Abgeordnete und Menschenrechtler an einem friedlichen Marsch zur Verteidigung des Wortes teil. Die Polizei nimmt drei der Organisatoren und mehrere Journalisten fest, weil sie nicht, wie von den Behörden vorgeschrieben, nur auf den Bürgersteigen laufen, sondern auch die Fahrbahn betreten. Ein Bezirksgericht beschliesst einen fünftägigen Arrest von fünf der Verhafteten.
18.3.2017	Präsident Atambajew unterzeichnet ein Gesetz, mit dem ein bislang namenloser 4.142 m hoher Gipfel im Teskej Ala-Too (Gebiet Issyk-Kul) die Bezeichnung »Gipfel der Helden der Aprilrevolution« erhält. Das Projekt war von der Regierung initiiert und am 15.3. vom Parlament gebilligt worden.
20.3.2017	Die Straße in das seit dem 12.3. durch heftigen Schneefall von der Außenwelt abgeschnittene Ak-Saj Tal, Bezirk At-Baschy (Gebiet Naryn) kann wieder mit Spezialfahrzeugen befahren und die nach unterschiedlichen Angaben bis zu 100 eingeschlossenen Menschen und ihre Viehherden versorgt werden.
20.3.2017	Sicherheitskräfte nehmen einen 35jährigen Mann fest, der aktiver Leiter einer Untergrundzelle von Hizb ut-Tahrir sein soll.
21.3.2017	Auch auf der aktualisierten Liste der Flugunternehmen, denen der Betrieb in der EU untersagt ist, werden alle kirgisischen Fluglinien aufgeführt.
21.3.2017	Präsident Atambajew fehlt bei der großen Feier anlässlich des Frühlingsanfangs (Nooruz) auf dem Ala-Too-Platz in Bischkek. Den üblichen Glückwunsch an die Bürger Kirgistans verliest der Chef seines Apparates, Isakow.
21.3.2017	In einer Kohlemine in Suljukta (Gebiet Batken) kommt ein Bergmann durch eine Kohlenmonoxidvergiftung ums Leben.
21.3.2017	Amnesty International fordert in einer Erklärung die unverzügliche Freilassung der fünf am 18.3. verhafteten und zu einer fünftägigen Haftstrafe verurteilten Demonstranten.

22.3.2017	Der Umfang der Rücküberweisungen aus Russland nach Kirgistan lag 2016 nach Angaben der russischen Zentralbank bei 1,7 Mrd. US-Dollar.
22.3.2017	Wie den betroffenen Redaktionen erst jetzt bekannt wird, hat ein Bezirksgericht in Bischkek im Zusammenhang mit den Forderungen der Generalstaatsanwaltschaft bereits am 14.3. die Bankkonten von Azattyk Media (kirgisischer Dienst von RFE/RL) und des gesellschaftlichen Fonds ProMedia (Zanoza) beschlagnahmt.
22.3.2017	Generalstabschef Raimberdy Dujschenbijew erörtert in Beijing mit dem chinesischen Verteidigungsminister Chang Wanquan und dem Vorsitzenden des Vereinigten Stabes des zentralen Militärates Fang Fenghui Fragen der Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus, Extremismus und Separatismus. China gewährt Kirgistan nichtrückzahlbare Militärhilfe in Höhe von 100 Mio. Yuan (14,5 Mio. US-Dollar).
22.3.2017	Die Moskauer Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass die Druckerei Petschatny Ekspres und ihr Generaldirektor mit einer Strafzahlung von mehr als 6 Mio. Rubel (104.000 US-Dollar) wegen der illegalen Beschäftigung von Arbeitsmigranten belegt wurden. Bei einem Brand in der Druckerei waren im August 2016 17 Menschen, darunter 14 Kirgisinnen, ums Leben gekommen.
23.3.2017	Ein Bezirksgericht in Bischkek verbietet eine von zivilgesellschaftlichen Organisationen geplante Demonstration gegen Verleumdungen der Opposition und Beschränkungen der Freiheit des Worts am 29.3.
23.3.2017	Die fünf am 18. März verhafteten Demonstranten werden nach Ablauf ihrer fünftägigen Strafe frei gelassen.
23.3.2017	Der Pressedienst des Staatskomitees für nationale Sicherheit teilt in Reaktion auf eine Erklärung von Ata-Meken am Vortag mit, dass man über ausreichende und unwiderlegbare Beweise verfüge. Ata-Meken hatte Tekebajews Freilassung mit der Begründung gefordert, dass man beweisen könne, dass er keinen Kontakt mit Leonid Majewskij hatte.
23.3.2017	Der Rat der regierenden Sozialdemokratischen Partei beschließt, den Abgeordneten Dschanar Akajew, der am 18.3. an der Demonstration für die Freiheit des Wortes teilgenommen hatte, aus der Parlamentsfraktion der Partei auszuschließen.
24.3.2017	Anlässlich des Jahrestages der »Revolution« von 2005 fordert Präsident Atambajew die Bevölkerung auf, nicht nicht namentlich genannten Politikern zu folgen, die das Land destabilisieren wollten.
24.3.2017	Ombudsmann Kubat Otorbajew erklärt nach einem Besuch Tekebajews im Gefängnis, dass die Haftbedingungen auch nach Aussagen des Ata-Meken-Politikers keinen Anlass zur Klage bieten.

Tadschikistan

18.2.2017	Präsident Emomali Rachmon erörtert mit dem afghanischen Außenminister Salohiddin Rabbani bei einem Treffen in Duschanbe aktuelle Fragen der Zusammenarbeit.
18.2.2017	Durch den Abgang einer Lawine auf die Überlandstraße Duschanbe–Chudschand werden acht mit der Schneeräumung befasste Mitarbeiter der Firma Innovative Road Solutions (IRS) verschüttet, drei können nur noch tot geborgen werden. In Chorog werden ca. 200 Familien aus lawinengefährlichen Wohnlagen vorsorglich evakuiert.
20.2.2017	Der für den heutigen Tag angekündigte erste reguläre Linienflug von Duschanbe nach Taschkent kann nicht stattfinden, weil Somon Air wegen fehlender Dokumente keine Landeerlaubnis in Taschkent erhält.
20.2.2017	Der Rat der unabhängigen Gewerkschaften Tadschikistans wählt in Duschanbe den ehemaligen Vorsitzenden des Staatskomitees für Investitionen und die Verwaltung von Staatseigentum, Kodir Kosim, zu seinem neuen Vorsitzenden.
21.2.2017	Nach Angaben der Koalition der Zivilgesellschaft gegen Folter und Straflosigkeit sind im Jahr 2016 57 Klagen über Folter und grausame Behandlung im Strafvollzug bei ihr eingegangen.
21.2.2017	Im Zusammenhang mit dem misslungenen Start des regulären Linienflugverkehrs Duschanbe–Taschkent wegen von Somon Air verspätet eingereichter Unterlagen werden der Finanzdirektor der Fluggesellschaft, Alischer Rustamow, und weitere mit der Angelegenheit befasste Mitarbeiter entlassen.
21.2.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass der größte chinesische Baukonzern, Zhejiang Asia Building Decoration Ltd., in der Vorwoche einen Vertrag mit der erst im Dezember 2016 gegründeten »Tadjikistan Asia Construction Ltd« unterzeichnet hat, nach dem die Chinesen 67 % der Aktien übernehmen und somit Zugang zum tadschikischen Markt haben.
22.2.2017	Die untere Kammer des Parlamentes billigt ein Gesetzesprojekt, das in Zukunft die Überprüfung von Bauvorhaben auf Erdbebensicherheit vorschreibt und nur noch die Verwendung spezieller erdbebengeeigneter Baumaterialien zulässt.

22.2.2017	In Sangwor (Bezirke unter republikanischer Verwaltung) kommt ein elfjähriger Junge durch eine Lawine ums Leben.
22.2.2017	Präsident Rachmon eröffnet in Duschanbe ein Ausbildungszentrum für die Grenztruppen Tadschikistans.
22.2.2017	Amnesty International beklagt in seinem neuesten Jahresbericht, dass sich 2016 die Situation für Andersdenkende in Tadschikistan erheblich verschlechtert habe.
22.2.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass das Gebietsgericht von Chatlon drei junge Männer, die auf einem Hügel in der Nähe der Stadt Nurek die schwarze Fahne des IS gehisst hatten, zu dreijährigen Freiheitsstrafen verurteilt hat.
23.2.2017	Auch der zweite reguläre Linienflug Duschanbe–Taschkent findet nicht statt.
23.2.2017	Die witterungsbedingte Schließung der Überlandstraße Chudschand–Duschanbe führt in der Hauptstadt zu Treibstoffmangel und steigenden Preisen; Flüssiggas, der am meisten verwendete Autotreibstoff, ist an Tankstellen ganz aus, meldet Asia-Plus.
24.2.2017	Die Nationalbank entzieht der Tadschprombank und der Fononbank die Lizenz.
25.2.2017	Im Vorfeld des Besuches des russischen Präsidenten Wladimir Putin schickt Russland 40 t humanitärer Hilfsgüter für die Lawinopfer der letzten Wochen nach Tadschikistan.
27.2.2017	Präsident Rachmon empfängt in Duschanbe seinen russischen Amtskollegen Putin zu Gesprächen u. a. über eine Intensivierung der Beziehungen und Probleme der Arbeitsmigranten. Putin erklärt nach dem Treffen vor der Presse, dass Tadschikistan ein »Schlüsselland« für die Sicherheit in Zentralasien sei und erklärt die Bereitschaft, Tadschikistan beim Grenzschutz zu unterstützen und dafür die 201. Russische Militärbasis aufzustocken. Während des Besuches werden Dokumente über die zukünftige Zusammenarbeit im Naturschutz, der friedlichen Nutzung der Atomenergie, der Arbeitsmigration u. a. unterzeichnet.
27.2.2017	Der Beginn des Linienflugverkehrs Taschkent–Duschanbe wird auf den 4.4. festgelegt.
28.2.2017	Das Oberste Gericht lehnt die Berufungsklage der beiden Rechtsanwälte Busurmechr Jorow und Nuriddin Machkamow gegen ihre Verurteilung zu 23 bzw. 21 Jahren Freiheitsentzug durch das Stadtgericht von Duschanbe ab. Beide hatten oppositionelle Politiker und Rechtsanwälte verteidigt und waren in von Menschenrechtlern als politisch kritisierten Verfahren im Oktober 2016 wegen Extremismus, Aufrufs zur Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung und Anheizens nationaler und religiöser Feindschaft verurteilt worden.
28.2.2017	Der russische Vize-Premier Igor Schuwalow kündigt vor der Presse an, dass als Ergebnis der Gespräche zwischen den Präsidenten Putin und Rachmon diejenigen der ca. 200.000 Arbeitsmigranten, die nur wegen nicht rechtzeitiger Ausreise auf der sog. schwarzen Liste stehen, bald wieder nach Russland einreisen dürften.
28.2.2017	Am Abend wird der Osten Tadschikistans von einem Erdbeben erschüttert, das in seinem Epizentrum im Bezirk Schugnan (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan, GBAO) die Stärke von 5,4 auf der Richterskala erreicht. Menschen kommen nicht zu Schaden.
1.3.2017	Der Präsident der tadschikischen Akademie der Wissenschaften, Farchod Rachimi, erklärt in einem Interview mit Asia-Plus, dass es in der während des Besuches des russischen Präsidenten Putin unterzeichneten Vereinbarung über Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Nutzung der Atomenergie vor allem um die Beteiligung russischer Wissenschaftler an der Wiederbelebung des tadschikischen Atomreaktors Argus gehe.
1.3.2017	Kulturminister Schamsiddin Orumbeksoda dementiert Medienberichte vom Vortag, die unter Berufung auf das Finanzministerium von Kürzungen der staatlichen Unterstützung für staatliche Medien berichtet hatten. Die Finanzierung erfolge im bisherigen Umfang, allerdings müssten die staatlichen Medien lernen, unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu arbeiten.
1.3.2017	Präsident Rachmon fordert auf dem 13. Gipfel der Economic Cooperation Organization (ECO) im pakistanischen Islamabad die Mitgliedsstaaten zu einer engeren Integration und einer Verstärkung der ökonomischen Zusammenarbeit auf. Am Rande der Veranstaltung trifft Rachmon mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis und internationale Fragen zusammen.
1.3.2017	Das Komitee für Katastrophen- und Zivilschutz veröffentlicht erstmals eine Karte der lebensgefährlichen Gebiete Tadschikistans. Damit verbunden sollen innerhalb der kommenden drei Jahre 1.400 Familien umgesiedelt werden.
2.3.2017	Der stellvertretende Vorsitzende der regierenden Volksdemokratischen Partei Tadschikistans, Saidmurod Fatochsoda, und der stellvertretende Sekretär des Rates der russischen Regierungspartei Jedinaja Rossija (Einiges Russland), Sergej Dschelesnjak, unterzeichnen in Duschanbe eine Vereinbarung über eine Intensivierung der Zusammenarbeit.
2.3.2017	Der Ständige Rat der OSZE in Wien verlängert das Mandat für das Büro der Organisation in Tadschikistan bis zum 30.6.2017.

3.3.2017	Der älteste Sohn von Präsident Rachmon und neue Bürgermeister von Duschanbe, Rustam Emomali, wird von der Volksdemokratischen Partei als Kandidat für die Stadtverordnetenversammlung nominiert. Die vorgezogenen Wahlen für zwei frei gewordene Sitze sind auf den 2.4. terminiert.
6.3.2017	Tadschikische Medien berichten von Orten in GBAO, die seit über einem Monat von der Außenwelt abgeschnitten sind, und anderen, die nur per Hubschrauber mit Grundnahrungsmitteln versorgt werden können.
6.3.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet von bis zu 200 Tadschiken, die teilweise seit Monaten ohne Visum an der weissrussisch-polnischen Grenze festsitzen, weil Polen ihnen die Einreise und/oder Anerkennung als Flüchtling verweigert.
6.3.2017	Das Gebietsgericht von Chatlon verurteilt einen 26jährigen Bewohner von Kurgan-Tjube zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe, weil er in Moskau in Kontakt mit dem IS gestanden haben soll. Gleichzeitig wird bekannt, dass in einer Ende Februar publizierten Untersuchung der Herkunft von IS-Selbstmordattentätern des niederländischen International Centre for Counter-Terrorism (ICCT) im Jahr 2016 die mit Abstand höchste Zahl der Attentäter aus Tadschikistan stammte.
6.3.2017	Der neueste Report zur Situation der Menschenrechte in Tadschikistan des U.S. State Department kritisiert die Lage in Tadschikistan wegen des Fehlens freier Wahlen, des Umgangs mit Verhafteten und Verurteilten, der Bedrohung von zivilgesellschaftlichen Aktivisten und der Beschränkung von Massenmedien und sozialen Netzwerken scharf.
7.3.2017	Der offizielle Kurs des US-Dollars überschreitet mit 8,0049 Somoni für 1 US-Dollar die psychologische Grenze von acht.
9.3.2017	Im neuesten Ranking der reichsten und ärmsten Staaten der Welt der US-amerikanischen Zeitschrift Global Finance befindet sich Tadschikistan mit einem Pro-Kopf BIP von 2.982 US-Dollar auf Platz 157 (von 189) und damit unter den 33 ärmsten Staaten der Welt.
9.3.2017	Die japanische Regierung gewährt Tadschikistan mehrere Darlehen in Höhe von mehr als 24 Mio. US-Dollar für Infrastrukturprojekte in Duschanbe und zur Verbesserung der Situation von Frauen.
9.3.2017	Das Wirtschaftsgericht der Stadt Duschanbe eröffnet das Liquidationsverfahren für die Tadschikprombank und die Fononbank.
10.3.2017	Kurz nach Mitternacht muss ein Flugzeug der Tajik Air auf dem Weg nach Moskau nach einer Zwischenlandung in Taras (Kasachstan) mit 149 Personen an Bord wegen technischer Probleme nach Chudschand zurückkehren und dort notlanden. Menschen kommen nicht zu Schaden.
10.3.2017	Die FAO übergibt dem Landwirtschaftsministerium feierlich Fahrzeuge und Geräte für das Monitoring und die Bekämpfung von Heuschrecken im Wert von mehr als 1,2 Mio. US-Dollar.
12.3.2017	Im Zentrum von Duschanbe wird mit dem umstrittenen Abriss der aus der Stalinzeit stammenden Gebäude des Rathauses und des Landwirtschaftsministeriums und daran angrenzenden Wohnhäusern begonnen.
12.3.2017	Am Abend kommt es in Kurgan-Tjube in der Nähe des Gebäudes der Militärstaatsanwaltschaft und des Militärgerichts zu einer Explosion, durch die ein Nachtwächter des benachbarten technologischen Lyzeums getötet wird.
13.3.2017	Die Strompreise für eine Reihe öffentlicher und privater Großnutzer werden von 14,2 auf 14,65 Dirham pro kWh angehoben. Die breite Bevölkerung und das Aluminiumkombinat TalCo sind von den Erhöhungen nicht betroffen.
14.3.2017	Die russische Nachrichtenagentur TASS meldet, dass die russische Fluggesellschaft Jamal nach wie vor nicht vom Moskauer Flughafen Zhukovskij nach Duschanbe fliegen kann, weil die Landegenehmigung von tadschikischer Seite aus unbekanntem Gründen nicht vorliegt.
15.3.2017	Präsident Rachmon tauscht die Rektoren von fünf Hochschulen und die Direktoren der Hälfte der Fernsehkanäle des Landes aus.
15.3.2017	Das Parlament billigt nach lebhafter Diskussion ein Gesetzesprojekt der Regierung, mit dem die Einfuhrzölle für neue Autos um 50 % gesenkt werden.
15.3.2017	Die Nationalbank veröffentlicht eine schwarze Liste mit den Namen von mehr als 200 Einzelpersonen, die wegen schwerer Verbrechen gesucht werden sowie 15 wegen Terrorismus oder Extremismus verbotener Organisationen und fordert Bürger und kommerzielle Organisationen auf, die finanzielle Zusammenarbeit mit ihnen zu beenden.
15.3.2017	Die 23jährige Freiheitsstrafe für den Rechtsanwalt Jorow vom Oktober 2016 wegen Aufrufs zum Umsturz und sozialen Unruhen wird wegen Beleidigung von Vertretern der Macht und Missachtung des Gerichts um drei Jahre verlängert.

16.3.2017	Fergananeews.com berichtet, dass die tadschikischen Luftverkehrsgesellschaften in den letzten Tagen die Preise für Flüge nach Russland erheblich erhöht haben, ein Flug Duschanbe–Moskau bei Somon Air kostete Anfang Februar 240 US-Dollar, jetzt 402 US-Dollar.
16.3.2017	Die zuständige Versicherung teilt mit, dass Einleger der in Liquidation befindlichen Tadschprombank und Fononbank ab sofort ihre Ersparnisse bis zur Höhe von 17.500 Somoni (2.100 US-Dollar) abheben können.
17.3.2017	Präsident Rachmon empfängt den pakistanischen Minister für Wasserressourcen, Energie und Verteidigung, Khawaja Asif, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus wie bei regionalen Energieprojekten.
17.3.2017	Präsident Rachmon ernennt Machbuba Kamolowa zur neuen Chefredakteurin der Regierungszeitung Narodnaja Gazeta (Volkszeitung). Der Posten war seit Sommer 2016 unbesetzt.
20.3.2017	Asia-Plus berichtet unter Berufung auf Quellen im Transportministerium, dass der Start des regulären Flugverkehrs zwischen Duschanbe und Taschkent nach wie vor ungewiss sei, da die usbekische Seite fordere, dass die Strecke nur von usbekischen Fluggesellschaften bedient werden solle. Offiziell wird das dementiert.
20.3.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass bei den Banken des Landes erneut ein so großer Dollar-mangel bestehe, dass ein Umtausch nicht möglich sei.
21.3.2017	Außenminister Sirodschidin Aslow informiert in New York UN-Generalsekretär Antonio Guterres über den Kampf seines Landes gegen Extremismus und Drogenhandel sowie die Unterstützung von UN-Organen beim Katastrophenschutz.
22.3.2017	Nach Angaben der russischen Zentralbank haben tadschikische Arbeitsmigranten 2016 1,9 Mrd. US-Dollar in ihre Heimat überwiesen, 2015 waren es noch 1,2 Mrd. gewesen. Aktuell sollen mehr als 870.000 Tadschiken in Russland arbeiten.
22.3.2017	Präsidententochter Osoda Rachmon, Leiterin des Apparats des Präsidenten und Mitglied der Oberen Kammer des Parlaments, wird in der neuen Liste »100 Women« der BBC geführt.
23.3.2017	Nach langen starken Regenfällen wird ein Teil des Stadtgebiets von Chorog (GBO) durch eine Schlammlawine überschwemmt. In der Umgebung löst der Regen mehrere Lawinen aus. Menschen kommen nicht zu Schaden.
24.3.2017	Der Strafverfolger im Falle des Rechtsanwaltes Jorow, Musaffara Chakimow, der Ende 2016 wegen Amtsmissbrauch verhaftet und angeklagt worden war, wird von einem Gericht in Duschanbe freigesprochen.
24.3.2017	Präsident Rachmon eröffnet in Isfara (Gebiet Sogd) eine fast ausschließlich von einem russischen Investor finanzierte Fabrik zur Produktion von Trockenfrüchten, die 70 Menschen Arbeit geben soll.
24.3.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass die Regierung in einer speziellen Anordnung festgelegt hat, welchen Tätigkeiten Minderjährige nicht nachgehen dürfen; die Baumwollernte wird nicht genannt.

Turkmenistan

20.2.2017	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow stellt in Aschchabad ein weiteres von ihm geschriebenes Buch, diesmal zum Thema Wehrdienstleistende, vor.
21.2.2017	Bei einer feierlichen Zeremonie im Migrationsdienst des Innenministeriums wird zahlreichen in Turkmenistan lebenden Staatenlosen die Staatsbürgerschaft verliehen.
21.2.2017	Das Stockholmer Institut für Friedens- und Konfliktforschung (SIPRI) meldet, dass Turkmenistan in den vergangenen fünf Jahren zum wichtigsten Abnehmer türkischer Waffen geworden ist.
22.2.2017	Der Journalist des turkmenischen Dienstes von RFE/RL Chudaiberdy Allaschew und seine Mutter, die im Dezember 2016 wegen Besitzes von Kautabak (Nos) festgenommen worden waren, werden überraschend aus der Haft entlassen.
22.2.2017	Präsident Berdymuchammedow entlässt mit Beginn seiner neuen Amtszeit die amtierende Regierung und nimmt einige Umbesetzungen in der neuen vor. So wird z. B. Gulschat Orasmuchammedowa an Stelle von Annangeldy Karadschew, der zum stellvertretenden Premier ernannt wird, Ministerin für Kultur.
22.2.2017	Die Strafe für Zuwiderhandlungen gegen das Rauchverbot im öffentlichen Raum in Aschchabad wird um das Fünffache auf 300 Manat (ca. 86 US-Dollar) erhöht.
28.2.2017	In Aschchabad wurde nach Angaben von RFE/RL ein Supermarkt geschlossen, dessen Inhaber, Dowlet Atajew, Beziehungen zur Gülen-Bewegung gehabt haben soll. Bisher wurden in Turkmenistan bereits 30 Personen wegen Mitgliedschaft in der Gülen-Bewegung verurteilt.

28.2.2017	Die staatliche Nachrichtenagentur TDCh kündigt an, dass bis zum Beginn der Asien-Spiele für Hallen- und Kampfsportarten im September diesen Jahres das Olympische Dorf sowie andere Orte in Aschchabad mit Breitbandinternet ausgestattet werden sollen.
1.3.2017	Präsident Berdymuchammedow reist zum Gipfel der Economic Cooperation Organization (ECO) nach Islamabad, wo er u. a. mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan und mit dem pakistanischen Premier Muhammad Navaz Sharif zu bilateralen Gesprächen zusammentrifft.
3.3.2017	Präsident Berdymuchammedow spricht sich im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung für mehr Anstrengungen der Regierung zur Entwicklung des Tourismus aus.
7.3.2017	Im Rahmen des ersten offiziellen Staatsbesuchs nach seiner Wahl weiht der usbekische Präsident Schawkat Mirsijojew gemeinsam mit seinem turkmenischen Amtskollegen Berdymuchammedow in Turkmenabat (Gebiet Lebap) ein Denkmal zu Ehren des 2016 verstorbenen usbekischen Präsidenten Islam Karimow ein. Beide Staatsoberhäupter eröffnen eine neue Brücke über den Amu-Darja zwischen Farab (Gebiet Buchara) und Turkmenabat (Gebiet Lebap) und vereinbaren eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Transport.
9.3.2017	Ein ehemaliger Gouverneur der afghanischen Provinz Herat beschuldigt die turkmenischen Behörden öffentlich, Waffen und militärische Ausrüstung an die Taliban zu liefern.
11.3.2017	Die staatliche Nachrichtenagentur TDCh gibt bekannt, dass im Rahmen der »Privatisierung« von Staatsunternehmen auf Basis der staatlichen Fluglinie Turkmenchovajollary die Aktiengesellschaft Avialinii Turkmenistan gegründet wird, deren Aktienanteile zu 70 % Turkmenchovajollary, zu 27 % dem Flughafen Aschchabad und zu 3 % der Luftaufsichtsbehörde gehören sollen.
11.3.2017	Im Gebiet Balkan kommt es bereits zum dritten Mal in diesem Monat zu einem Erdbeben mit einer Stärke von über 4,5–5.
12.3.2017	Das exiloppositionelle Nachrichtenportal Chronika Turkmenistana veröffentlicht einen Bericht, in dem die Vermutung geäußert wird, dass der im Zusammenhang mit dem mutmaßlichen Umsturz im Jahr 2002 inhaftierte und seitdem spurlos verschwundene ehemalige Außenminister Boris Schichmuradow sowie mehrere ebenfalls inhaftierte ehemalige Politiker bereits in der Amtszeit von Ex-Präsident Saparmurat Nijasow, vermutlich zwischen April 2003 und November 2005, im Gefängnis erschossen wurden.
15.3.2017	Präsident Berdymuchammedow reist zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Katar, wo er u. a. mit Emir und Staatschef Tamim ben Hamad Al-Thani und dem Direktor der Investitionsbehörde, Abdullah ben Muhammed ben Saud Al-Thani, zusammentrifft.
17.3.2017	RFE/RL berichtet, dass die Polizei derzeit vermehrt Angehörige von im Ausland lebenden Studenten und anderen Familienmitgliedern zu Verhören vorlade.
17.3.2017	Im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung zeigt sich Präsident Berdymuchammedow unzufrieden mit der Entwicklung der Landwirtschaft, aber auch mit dem Entwurf des Maskottchens der Asien-Spiele für Hallen- und Kampfsportarten.
18.3.2017	Im ganzen Land finden samstägliche Arbeitseinsätze zur Pflanzung von Bäumen unter Mitwirkung von Präsident Berdymuchammedow, dem Ministerkabinet, Abgeordneten, Beamten, Mitarbeitern staatlicher Betriebe und Studierender statt.
18.3.2017	Die aserbaidchanische Nachrichtenagentur Trend meldet, dass in Aschchabad ein Treffen von Vertretern des turkmenischen Migrationsdienstes und der deutschen Botschaft stattgefunden hat, bei dem Fragen des Vergabeverfahrens turkmenischer Visa an deutsche Staatsbürger diskutiert wurden. Genauer wird nicht bekannt.
20.3.2017	Das Komitee für Öl und Gas des indischen Parlaments empfiehlt der turkmenischen Regierung eine Wiederaufnahme der Gaslieferungen nach Iran und spricht sich für die Wiederaufnahme der Planungen des Gaspipeline-Projekts TIPI (Turkmenistan–Iran–Pakistan–Indien), das 2008 ausgesetzt wurde, aus.
21.3.2017	Präsident Berdymuchammedows einziger Sohn, Serdar, wird zum Vorsitzenden des Ausschusses für Rechtsfragen des turkmenischen Parlaments gewählt. Zudem besetzt das Parlament mit Jasdursun Gurbannasarow den nach der Wiederwahl von Präsident Berdymuchammedow im Februar neu geschaffenen Posten des Ombudsmanns für Menschenrechte.

Usbekistan

20.2.2017	Der erste Linienflug Duschanbe–Taschkent scheitert an der fehlenden Landeerlaubnis durch den Flughafen Taschkent, weil die tadschikische Somon Air den usbekischen Behörden nicht rechtzeitig die notwendigen Dokumente vorgelegt hat.
-----------	--

21.2.2017	Der bisherige Vorsitzende des Komitees für Wissenschaft, Bildung, Kultur und Sport der unteren Kammer des Parlaments, Alischer Schadmanow, wird zum neuen Gesundheitsminister ernannt.
21.2.2017	Anlässlich des fünften Jahrestages des Attentats auf den usbekischen Imam Obidchon-kori Nasarow in der schwedischen Stadt Stromsund berichtet der usbekische Dienst von RFE/RL, dass Nasarow, der mehrere Jahre im Koma gelegen hatte, auf dem Weg der Genesung sei. Im März 2016 war der usbekische Staatsbürger Jurij Dschukowskij nach seiner Auslieferung von Russland an Schweden zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe wegen des Anschlags verurteilt worden. Die Familie des Imam beschuldigt die usbekische Regierung, hinter dem Anschlag zu stecken.
22.2.2017	Der prominente politische Gefangene Mohammad Bekschan wird nach 18jähriger Haft freigelassen. Der Bruder des bekannten Exiloppositionellen Muhammad Salih war 1999 wegen Verletzung der Ehre des Präsidenten und der Verfassung, der Organisation verbotener Vereinigungen u. a. zunächst zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt worden, 2003 wurde seine Strafe verkürzt, 2011 in einem neuen Verfahren aber wieder verlängert.
22.2.2017	Präsident Schawkat Mirsijojew ordnet eine Reform des Gerichtssystems an. Das bisherige Oberste Gericht und das Oberste Wirtschaftsgericht werden zusammengelegt, die Wirtschaftsgerichte umgebildet mit Zuständigkeit auch auf Bezirks- und Stadtebene. Neu auf dieser Ebene eingeführt werden Verwaltungsgerichte, bei denen die Bürger Klage gegen rechtswidrige Handlungen von Beamten einreichen können.
22.2.2017	Nach Meldung des usbekischen Dienstes von RFE/RL haben innerhalb der letzten beiden Tage zwei stellvertretende Bürgermeister der Stadt Fergana Selbstmord begangen. Gründe werden nicht genannt.
22.2.2017	Außenminister Abdulasis Kamilow erörtert bei mit den stellvertretenden GUS-Generalsekretär Wiktor Gumin-skij einem Treffen in Taschkent aktuelle Fragen der Zusammenarbeit.
23.2.2017	Bei einer Explosion in einer Düngemittelfabrik in Fergana sollen fünf Menschen ums Leben gekommen seien, viele weitere wurden verletzt. Der Vorfall soll sich bei Reparaturarbeiten ereignet haben.
23.2.2017	Im Rahmen der 16. Sitzung des Zwischenregierungskommission Usbekistan-Kasachstan in Taschkent empfängt Präsident Mirsijojew den stellvertretenden kasachstanischen Premier Askar Mamin zu Gesprächen über Fragen des bilateralen Verhältnisses. Die Kommission erörtert vor allem Möglichkeiten der Erweiterung der Verkehrsverbindungen zwischen beiden Staaten.
23.2.2017	Podrobno.uz meldet, dass der erst im Februar 2016 als Nachfolger der langjährigen Direktorin Marinika Babanasarowa eingesetzte Direktor des Sawitskij-Kunstmuseums in Nukus, Makset Karlybajew, entlassen wurde.
24.2.2017	Präsident Mirsijojew ernennt Machmud Muratow zum neuen Kulturminister und Rustam Kurbanow zum Vorsitzenden des neu gebildeten Komitees für Körperkultur und Sport.
24.2.2017	Ein Gericht in Kiew verlängert die Untersuchungshaft für den im Januar 2017 auf dem Kiewer Flughafen verhafteten Neffen der Frau des verstorbenen Präsidenten Islam Karimow um ein Jahr. Akabarali Abdullajew wird in Usbekistan wegen des Verdachts der Fälschung und Unterschlagung von mehreren Mio. US-Dollar gesucht, befürchtet bei einer Auslieferung an Taschkent aber Folter und Tod.
25.2.2017	Außenminister Kamilow empfängt in Taschkent U.S. Deputy Assistant Secretary for Central Asia, Daniel Rosenblum, zu einem Meinungsaustausch über die bilateralen Beziehungen sowie internationale und regionale Probleme.
27.2.2017	Fergananeews.com berichtet, dass der reale (= Schwarzmarkt) Kurs des US-Dollar gegenüber dem Sum die psychologische Grenze von 1:7.000 überschritten habe, in Taschkent sogar bei 7.050 liege. Auch der offizielle Kurs des Sum sinke fortlaufend um 14–15 Sum pro Woche.
27.2.2017	Der Beginn des Linienflugverkehrs Taschkent–Duschanbe wird nun für den 4.4.2017 angekündigt.
27.2.2017	Generalstaatsanwalt Ichtijor Abdullaew trifft in Beijing seinen chinesischen Amtskollegen Cao Jianming zu einem Meinungsaustausch über bilaterale Zusammenarbeit und Rechtsreformen in beiden Ländern zusammen.
28.2.2017	Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan empfängt in Istanbul Vizepremier Rustam Asimow. Über den Inhalt der Gespräche, an denen auch der türkische Vize-Premier Tugrul Türkes, Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci und Verteidigungsminister Fikri Isik teilnehmen, wird nichts bekannt. Auf dem anschließenden Business-Forum Türkei-Usbekistan betont Asimow das usbekische Interesse vor allem an einer Erweiterung der ökonomischen Zusammenarbeit in den Bereichen Petrochemie sowie der Ausbeutung von Gold-, Silber- und Uranvorkommen. Konkrete Ergebnisse werden nicht bekannt.
28.2.2017	Der Regionaldirektor für Europa und Zentralasien der International Labour Organization (ILO), Heinz Koller, und Arbeitsminister Asis Abduchakimow unterzeichnen ein MoU über eine Verlängerung des Programmes menschenwürdiger Arbeit für die Jahre 2017–2020.

28.2.2017	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass in der Schweiz ein Strafverfahren gegen die Privatbank Lombard Odier wegen der Verdachts der Geldwäsche im Zusammenhang mit Überweisungen von Geldern der älteren Tochter des verstorbenen Präsidenten Karimow, Gulnara Karimowa, eingeleitet wurde.
28.2.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Entwicklungsprogramm für den Bezirk Muinjak der AR Karakalpakstan für die Jahre 2017/18. In dem von der Austrocknung des Aralsees betroffenen ökologischen Katastrophengebiet sollen durch über 70 Projekte und Investitionen in Höhe von 52,3 Mrd. Sum (14,5 Mio. US-Dollar) Wirtschaft und Tourismus entwickelt werden.
28.2.2017	Präsident Mirsijojew empfängt den Direktor des russischen Auslandsgeheimdienstes, Sergej Naryschkin, zu Gesprächen vor allem über den Kampf gegen Terrorismus, Drogenhandel und organisierte Kriminalität.
1.3.2017	Der am 22.2. nach 17jähriger Lagerhaft freigelassene oppositionelle Journalist Bekschan dankt in einer Videobotschaft Präsident Mirsijojew für seine Freilassung und bittet, auch seine inhaftierten Kollegen Jusuf Rusimorodow, Aksam Turgunow und Solidschon Abdurachmanow sowie den bereits seit 25 Jahren inhaftierten Aktivist der oppositionellen Partei Erk, Muchammad Radschab, frei zu lassen.
1.3.2017	Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, begrüßt die Freilassung des unabhängigen Journalisten Dschamschid Karimow aus der Psychiatrie. Der Neffe des verstorbenen Präsidenten Islam Karimow, der seit Anfang 2000 für ausländische Medien wie IWPR oder Fergananeews.com gearbeitet hatte, war im Januar zum wiederholten Male aus politischen Gründen zwangsweise eingeliefert worden. Mijatovic äußert die Hoffnung, dass die Freilassung weiterer inhaftierter Journalisten folgen werde.
2.3.2017	Gazeta.uz berichtet, dass das Investitionsprogramm für 2017 von Präsident Mirsijojew mehr als 2,5 Mrd. US-Dollar für die Realisierung von 168 Projekten, sowohl Neubauten wie auch Modernisierungen, vorsieht.
2.3.2017	Fergananeews.com meldet, dass die bekannte Menschenrechtlerin und Leiterin der Menschenrechtsallianz Usbekistan, Jelena Uraljewa, am Vortag von Sicherheitskräften zwangsweise in eine psychiatrische Klinik eingewiesen wurde.
3.3.2017	Die Berufungskammer des Obersten Gerichts der AR Karakalpakstan hat am 1.3. die Beschwerde im Fall des ehemaligen Vorsitzenden der Abteilung Syrdarja der Gesellschaft für Menschenrechte, Aksam Farmonow, abgelehnt, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL unter Berufung auf dessen Anwalt. Farmonow war am 1.5.2015 zu fünf Jahren Freiheitsentzug wegen Verletzung gesetzlicher Bestimmungen über den Strafvollzug verurteilt worden.
3.3.2017	Die längste Straße von Taschkent, die Usbekistan-Straße, wird in Islam-Karimow-Straße umbenannt, teilt der Pressedienst der Stadtverwaltung mit.
3.3.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass dem Chef des zentralasiatischen Dienstes der BBC, Hamid Ismailow, am 1.3. bei seiner Ankunft auf dem Flughafen Taschkent die Einreise nach Usbekistan verweigert wurde, drei ihn begleitende Kollegen konnten die Grenze problemlos passieren.
3.3.2017	Zwei Mitarbeiter der US-Botschaft treffen im Bezirk Jangibasar (Gebiet Choresm) mit dem am 22.2. aus langjähriger Lagerhaft entlassenen Muchammad Bekschan zu ausführlichen Gesprächen zusammen.
3.3.2017	Präsident Mirsijojew und der Präsident der Asian Development Bank (ADB), Takehiko Nakao, unterzeichnen in Taschkent Kreditverträge in Höhe von 573 Mio. US-Dollar.
3.3.2017	Die staatliche Öl- und Gasgesellschaft Uzbekneftegaz teilt mit, dass sie den Bau der vierten Gaspipeline nach China erneut auf unbestimmte Zeit verschoben hat.
5.3.2017	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet unter Berufung auf anonyme Quellen in der Gebietsverwaltung, dass Untersuchungen in 23 von 290 Kindergärten im Gebiet Suchandarja Misstände ergeben hätten. Die Betreuerinnen waren zunächst in den Fokus geraten, weil sie Kinder mit Messern bedroht hatten, danach stellte sich heraus, dass sie dort abends regelmäßig und im großen Stil sexuelle Dienstleistungen anboten.
6.3.2017	Präsident Mirsijojew trifft während des ersten Auslandsaufenthaltes nach seiner Wahl im Dezember 2016 in Aschhabad mit seinem turkmenischen Amtskollegen Gurbanguly Berdymuchammedow zusammen. Beide kündigen eine neue Phase der bilateralen Beziehungen an und unterzeichnen eine Reihe von Abkommen, u. a. über strategische Zusammenarbeit, aber auch in Wirtschaft und Kultur. Am 7.3. wird in Anwesenheit beider Präsidenten die neue Eisenbahn- und Autobrücke über den Amu-Darja zwischen Farab (Gebiet Buchara) und Turkmenabat (Gebiet Lebap) eröffnet und in Turkmenabat ein Denkmal Präsident Karimows enthüllt.
6.3.2017	Auf Anordnung von Präsident Mirsijojew werden 60 t Nahrungsmittel, Medikamente, Kohle u. a. als Unterstützung für die Lawinenopfer nach Tadschikistan gesandt.

6.3.2017	Das staatliche Fernsehen meldet, dass auf Anordnung von Präsident Mirsijojew bis zum Beginn der Feierlichkeiten zum 26. Jahrestag der Unabhängigkeit Usbekistans (1.9.2017) Denkmäler des verstorbenen Präsidenten Karimow in Taschkent, Samarkand und Karschi fertiggestellt sein sollen.
8.3.2017	In seinem neuesten Bericht über die Situation der Menschenrechte in der Welt erwähnt der UN-Menschenrechtskommissar Seid Al-Hussein positive Entwicklungen in Usbekistan durch die unter seinem neuen Präsidenten erlassenen Gesetze, mit denen die Effektivität der Rechtsprechung, Sicherstellung der Gerechtigkeit und Unabhängigkeit der Gerichtsprozesse verbessert werden.
9.3.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass während des Türkei-besuches einer usbekischen Delegation unter Leitung von Vize-Premier Asimow Verträge im Wert von 1 Mrd. US-Dollar unterzeichnet wurden.
9.3.2017	In einem Interview mit der Zeitung Gazeta.uz anlässlich des 25. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Usbekistan erklärt der deutsche Botschafter in Taschkent, Neithart Höfer-Wissing, dass Usbekistan für Deutschland ein wichtiger Partner in Zentralasien sei und man die derzeitigen Schritte der usbekischen Führung für mehr Offenheit, Liberalisierung der Wirtschaft und eine intensiviertere Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten begrüße.
10.3.2017	In Taschkent finden während des Besuches einer kasachstanischen Delegation unter Leitung des Sekretärs des Sicherheitsrates Kasachstans, Wladimir Dschumakanow, die ersten bilateralen Konsultationen dieser Institutionen statt. Es werden Perspektiven einer Zusammenarbeit im Kampf gegen religiösen Extremismus, Terrorismus und illegale Migration erörtert.
10.3.2017	Die Zentralbank bringt die neuen 10.000 Sum-Scheine in Umlauf. Bisher waren 5.000 Sum die höchste Banknote.
11.3.2017	Im Innenministerium finden größere personelle Umbesetzungen statt, u. a. werden mit Rustam Ergaschew und Akromchon Bobochonow zwei neue Vize-Innenminister ernannt, Angaben über das Schicksal ihrer Vorgänger liegen nicht vor. Außerdem werden 11 weitere hochrangige Positionen des Ministeriums in den Gebieten des Landes neu besetzt.
12.3.2017	Im Außenministerium finden Gespräche mit einer kirgisischen Delegation unter Leitung der stellvertretenden Außenministerin Dinara Kemelowa über Stand und Perspektiven des bilateralen Verhältnisses statt, bei dem sich beide Seiten für freundschaftliche, gutnachbarschaftliche Beziehungen aussprechen.
13.3.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass mit Erlass Präsident Mirsijojews vom 1.3. die Präsidialadministration umstrukturiert wurde und nun zehn Unterabteilungen umfasst.
13.3.2017	Der Wirtschaftsprofessor der International Westminster University in Taschkent Rauf Salachodschajew, der auf der jüngsten Liste der 100 besten jungen Ökonomen der Welt der Organisation RePeC (Research Papers in Economics) als einziger Vertreter eines GUS-Landes auf dem 32. Platz geführt wird, erhält im Namen des Präsidenten ein Haus im Zentrum von Taschkent.
14.3.2017	FergananeWS.com meldet, dass der Schwarzmarktkurs des Sum, der die Grundlage für Wirtschaft und Preisentwicklung bildet, seit Ende Februar mehr als 10 % seines Wertes verloren hat. Am 27.2. kostete 1 US-Dollar 7020 Sum, am 14.3. – 7850 Sum.
15.3.2017	Nach Angaben der Hauptverwaltung für innere Angelegenheiten der Stadt Taschkent wurden in den vergangenen beiden Monaten insgesamt 1.400 Kinder in Gewahrsam genommen, die sich ohne elterliche Aufsicht in Taschkent aufhielten und auf Basaren etc. arbeiteten. Sie wurden der Sozialfürsorge übergeben.
15.3.2017	Arbeitsminister Abduchakimow empfängt eine Delegation der Weltbank unter Führung von Afra Al-Ahmadi zu Gesprächen über das Projekt »Expanding work places and improving skills in the context of modern economy«.
16.3.2017	Präsident Mirsijojew besetzt den seit Dezember 2016 vakanten Posten seines Pressesprechers mit Asadschon Chodschajew.
17.3.2017	In Fergana stirbt im Alter von 86 Jahren Inamdschon Usmanchodschajew, 1. Sekretär der KP der UzSSR von 1983–1988. 1989 wurde er im Zusammenhang mit der sog. Baumwollaffäre zu 12 Jahren Freiheitsentzug verurteilt, aber bereits 1990 entlassen, im Dezember 2016 rehabilitiert.
17.3.2017	Am Ende des dreitägigen Besuches einer Delegation der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) unterzeichnen EBRD-Präsident Suma Chakrabarti und der stellvertretende Premier Ochilboy Ramatow ein Memorandum über Zusammenarbeit und eine Vereinbarung über die Durchführung von Veranstaltungen über »Environmental Remediation Account for Central Asia« in Usbekistan. Zuvor hatten Treffen mit Präsident Mirsijojew und Außenminister Kamilow stattgefunden. Chakrabarti sprach von einem guten Neubeginn der Zusammenarbeit. Die EBRD hatte ihre Arbeit in Usbekistan 2007 eingestellt.

17.3.2017	Außenminister Kamilow empfängt Michael Georg Link, den Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), zu einem Meinungsaustausch über Fragen der Zusammenarbeit.
17.3.2017	Vertreter des Wirtschaftsministeriums kündigen auf einer Pressekonferenz an, dass im Jahr 2017 durch Umorientierung auf lokale Produkte bzw. die Schaffung einer eigenen Produktion die Importe um 1,1 Mrd. US-Dollar verringert werden sollen. Dafür werden insgesamt ca. 6,5 Trillionen Sum (ca. 1,8 Mrd. US-Dollar) bereitgestellt.
17.3.2017	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet unter Berufung auf Augenzeugen, dass Mitarbeiter der Abteilung für den Kampf gegen Steuer- und Devisenvergehen am 15.3. in Taschkent eine Reihe von Personen verhaftet hätten, darunter auch einen nicht namentlich König der Devisenspekulanten.
18.3.2017	Präsident Mirsijojew ernennt Rustam Dschurajew zum Notstandsminister.
19.3.2017	Nach Angaben usbekischer Medien ist am 17.3. das Gesetz über die Organe für innere Angelegenheiten in Kraft getreten. Dieses erste derartige Gesetz im unabhängigen Usbekistan war noch von dem verstorbenen Präsidenten Islam Karimow initiiert und im August/September 2016 von den zuständigen Verfassungsorganen beschlossen worden.
22.3.2017	Nach Angaben der russischen Zentralbank haben usbekische Arbeitsmigranten 2016 2,74 Mrd. US-Dollar von Russland in ihre Heimat überwiesen.
22.3.2017	Mit einem Dekret von Präsident Mirsijojew wird die Linienführung der im Bau befindlichen Eisenbahnstrecke von Nawoi–Kanimech–Miskin auf Bucharā–Miskin geändert, vor allem um die großen Touristenziele (Taschkent, Samarkand, Bucharā und Chiwa) besser miteinander zu verbinden.
23.3.2017	Präsident Mirsijojew wird in der kasachstanischen Hauptstadt Astana von seinem Amtskollegen Nursultan Nasarbajew zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis empfangen. Beide Präsidenten unterzeichnen u. a. eine gemeinsame Deklaration über eine weitere Vertiefung der strategischen Partnerschaft. Auf dem anschließenden Business-Forum, an dem mehr als 500 usbekische und kasachstanische Unternehmer teilnehmen, werden nach usbekischen Angaben Verträge in Höhe von insgesamt mehr als 840 Mio. US-Dollar geschlossen.
23.3.2017	Die Botschaft Usbekistans in Frankreich erklärt, dass der bisherige Botschafter, Rawschan Usmanow, regulär wegen Ablauf seiner Mission nach Taschkent zurückgekehrt sei. Uzmtronom.com hatte zuvor berichtet, er sei wegen zweifelhafter Geschäfte zurückgerufen und entlassen worden.
24.3.2017	Die Menschenrechtlerin Urlajewa wird aus der Psychiatrie entlassen, in die sie am 1.3. zwangsweise eingewiesen worden war.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Dr. Beate Eschment

Redaktionsassistent: Dr. Henryk Aliff

Satz: Matthias Neumann

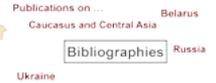
Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2017 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20

e-mail: beate.eschment@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>



Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>